



LEBENSQUALITÄT USTER WEST

# Pressespiegel

# 2014

## «Uster West» polarisiert auch 2014 weiter

Aktualisiert am 07.01.2014 8 Kommentare

**Dem Ustermer Stadtpräsident Martin Bornhauser wird vorgeworfen, den Volksentscheid für die Bahnunterführung Winterthurerstrasse zu ignorieren. Auf der Stadtwebseite kontert er die Kritik ausführlich und plädiert für «Uster West».**



Stadtpräsident Martin Bornhauser bei seiner Neujahrsansprache in Uster (Archivbild: Seraina Boner)

### Artikel zum Thema

**Ein abtretender Stapi und Marco  
Gottardi  
Eine neue Partei zieht in den  
Wahlkampf  
Bornhauser tritt 2014 nicht mehr an –  
SP will Präsidium behalten  
Vorprojekt Unterführung  
Winterthurerstrasse steht**

Eine Aussage von Stadtpräsident Martin Bornhauser am Neujahrsempfang liefert Stoff zur Diskussion. «Wenn wir an der Winterthurerstrasse auf eigene Kosten eine Unterführung bauen müssen, eine Unterführung die kein Problem löst, hat dies für andere Projekte ernsthafte Konsequenzen», sagte der SP-Politiker in seiner Neujahrsansprache. Die Reaktion der Gegenseite liess nicht lange auf sich warten. Gemeinderat Werner Kessler (BPU) schrieb unter die Berichterstattung auf ZO-Online **einen öffentlichen Kommentar**: «Es ist schon äusserst

**An Uster West festhalten  
Stadtrat beantragt erneut Kredit für  
Unterführung Winterthurerstrasse**

**Teilen und kommentieren**

bedenklich, wie ein sozialistischer Stadtpräsident wie Martin Bornhauser den Volkentscheid von über 60 Prozent Ja-Stimmen vom 25.11.2012 zur Unterführung nicht nur ignoriert, sondern das Volk auch noch für dumm verkauft.»

Diesen Vorwurf lässt Martin Bornhauser nicht auf sich sitzen. Er greift die Diskussion um das Strassenbau-Projekt «Uster West» auf der **Webseite der Stadt Uster** auf. Er legt den Stand des Verfahrens und die Haltung des Ustermer Stadtrats zur Unterführung Winterthurerstrasse ein weiteres Mal dar.

Die Abstimmung vor etwas mehr als einem Jahr sei ein Grundsatzentscheid für eine Unterführung der Winterthurerstrasse und nicht für ein konkretes Projekt gewesen, stellt Martin Bornhauser klar. Sollte das zwischenzeitlich ausgearbeitete und zur Vorprüfung unterbreitete Projekt bewilligungsfähig sein, würden die Stimmenden in einer zweiten Abstimmung Gelegenheit haben, über den Kredit und damit über den Bau einer Unterführung zu befinden. «Erst wenn das Volk zu einem konkreten Projekt <Unterführung Winterthurerstrasse> ja gesagt hat, gibt es keinen Platz mehr für eine andere Haltung. Bis dahin aber wird der Stadtrat seine Meinung zu den beiden Strassenbauprojekten weiterhin nach bestem Wissen und Gewissen kundtun.»

Die Lösung der Verkehrsprobleme könne nur «Uster West» sein, so Martin Bornhauser. Die Haltung von Gemeinderat Werner Kessler, einem der Hauptinitianten der damaligen Abstimmung zur Unterführung Winterthurerstrasse, wird aus **einem früheren Kommentar** deutlich: «Uster West braucht es nicht, weil sonst mit dem Verkehr nach Niederuster der Kollaps beim Doppelkreisel Tatsache wird.» (mig)

Erstellt: 07.01.2014, 16:16 Uhr

[Alle Kommentare anzeigen](#)

© ZO-Online 2011 Alle Rechte vorbehalten

# Bahn soll unter den Boden und einen illustren Bahnhof erhalten

**USTER** Daniel Jeanneret-Gris träumt von einem Uster ohne Barrieren. Um diesen zu verwirklichen, soll das Trasse der Bahn in den Untergrund entlang der Zürichstrasse verlegt werden.

Christian Brüttsch

Die Barrieren in Uster: ein Ärgernis; eine Behinderung; eine Geduldsprobe. Eine Möglichkeit, nach neuen Wegen zu suchen, wie man sie loswerden könnte. Bereits mehrfach wurde angeregt, die Bahn auf Stelzen höherzulegen oder in einem Tunnel unter der Stadt hindurchzuführen. Beide Ideen fanden bislang keinen fruchtbaren Boden. Zu teuer, zu nah an den Gebäuden, zu wenig durchdacht.

## Mitten durch die Stadt

Trotzdem kommt nun eine neue Idee von Daniel Jeanneret-Gris aus Uster. Er will die Bahn tieferlegen. Nur will er das nicht wie bislang alle anderen entlang dem bestehenden Trasse machen. Er schlägt eine gänzlich neue Linienführung vor. Noch vor der Barriere in Werrikon soll die Bahn im Boden verschwinden und gleich auf der Höhe der Barriere einen Rechtsschwenker machen. Sie käme dann direkt unter die Zürichstrasse zu liegen. Genau dieser Linie folgt der Plan Jeanneret-Gris'. Die Bahn soll unter der Zürichstrasse und der Florastrasse hindurch bis Aatal führen. Dort, kurz vor dem Sauriermuseum, soll sie wieder ans Tageslicht geholt werden.

Der Bahnhof soll in der Region des Einkaufszentrums Illuster ebenfalls unterirdisch entstehen. «Da gibt es natürlich noch einige Konfliktpunkte, die gelöst werden müssten», meint Jeanneret-Gris. Eine Möglichkeit wäre, mit dem Bahnhof auch gleich eine unterirdische Verbindung zum Zeughausareal oder zum Uschter 77 zu schaffen.

## Tunnel im Tagbau erstellen

Die Bauarbeiten sollen gemäss den Vorstellungen des Ustermers nicht im aufwendigen Tunnelbauverfahren stattfinden. Abschnittsweise sollen die betroffenen Strassen gesperrt wer-



Daniel Jeanneret-Gris möchte die Bahn unter die Zürichstrasse verlegen. Sie würde unter dem Nashorn durchführen. Bild: Nicolas Zorwi

den, damit die Tunnelröhre ins Erdreich gebracht und anschliessend wieder zugedeckt werden kann. «Nach Abschluss der Arbeiten könnte die Zürichstrasse, die heute als Bauruine eine zurückgestutzte Version einer früheren Stadtautobahn ist, wieder in städtebaulich ansprechender Weise neu gestaltet werden, schreibt Jeanneret-Gris in seinem Vorschlag. Ein weiterer Vorteil dieser Variante: Die aktuelle Bahnstrecke wäre von der Bauerei nicht tangiert. Sie könnte wie bis anhin weiterbetrieben werden.

Nach Inbetriebnahme der unterirdischen Stadtbahn kann die alte Strecke abgebaut und so neuer Raum für Stadtentwicklungen geschaffen werden. Ge-

rade das Bahnhofareal könnte in eine erweiterte Zentrumsplanung einbezogen werden.

## ZVV soll prüfen

Jeanneret-Gris hat seine Idee beim ZVV zur Prüfung eingereicht. Es geht ihm darum, herauszufinden, ob sein Traum überhaupt realistisch und machbar ist. Dass er gerade jetzt der Diskussion eine neue Richtung geben will, kommt nicht von ungefähr: «Alle anderen grossen Verkehrsprojekte wie die Strasse Uster West oder die Unterführung Winterthurerstrasse sind noch nicht so weit fortgeschritten – oder der Wurm ist drin.» Er ist überzeugt, mit seiner Idee viele Ustermer Verkehrsprobleme gleichzeitig lösen zu können.

## USTER

### «Alles in mir heisst Du»

Bettina Inglin war Musikerin, kam aus einer vornehmen protestantischen Familie und lebte in Zürich. Meinrad Inglin wuchs bei einer katholischen Pflegetante in Schwyz auf, begann zwei Lehren und brach das Literaturstudium ab. Bekannt wurde er mit seinen naturalistischen Romanen. Ihre Liebe lebten sie während 20 Jahren vor allem in Briefen und auf Bergtouren aus, ehe sie heirateten.

Das Ustermer Schauspielerpaar Ratering-Ospelt liest am Freitag, 10. Januar, um 19.30 Uhr in der Villa Grunholzer aus dem Briefwechsel, der unter dem Titel «Alles in mir heisst Du» erschienen ist sowie aus weiteren Werken Meinrad Inglin. (reg)

## Baby der Woche



Bild: newborn-foto.ch

Muhamed Hani kam am 30. Dezember um 7.06 Uhr in Uster zur Welt. Er ist 52 Zentimeter gross und wiegt 3830 Gramm.

Alle «regio.ch»-Babys unter [www.baby.regio.ch](http://www.baby.regio.ch)

## Reklame

**STAATLICHER ÖKOZWANG**



Alex Gantner, Kantonsrat FDP, Maur

«Die Vorteile der erneuerbaren Energien wurden schon lange erkannt, man muss nicht dazu gezwungen werden. Ich sage Nein zur unnötigen PBG-Revision!»

9. Februar 2014 Planungs- und Baugesetz PBG

**NEIN**

www.ökozwang.ch



# Anzeiger von Uster

**ZRZ**  
Zürcher Regionalzeitungen

Redaktion 044 933 33 33, redaktion@avu.ch  
Abo-Service 044 905 79 88, abo@avu.ch  
Inserate 044 905 79 79, inserate@avu.ch  
AZ 8610 Uster

Die Tageszeitung des Bezirks Uster



## Ein Dach im Werkhof

Bäretswil soll Dach für die Abfallsammelstelle genehmigen

SEITE 7

## Den Damm erhöhen

Ein Rückhaltebecken in Lindau wird ausgebaut – wegen Hochwassergefahr

SEITE 11

## Poli gibt die Marke ab

Nach 29 Jahren geht Volketswils Polizeizeich in Pension

SEITE 5

## Blick zum Trennstrich

Der Greifensee Joël Genazzi kämpft mit Lausanne um die Playoffs

SEITE 35

ANZEIGE



**Alexandra Pfister**  
in die Primarschulpflege Uster  
Am 9. Febr. 2014 auf Ihren Wahlzettel  
www.svp-uster.ch



## Dübendorfs Zentrum umfahren

**DÜBENDORF.** Der Kanton nimmt sich der Kreuzung Högler-/Zürichstrasse an. Mit einer neuen Verkehrsführung soll das Zentrum entlastet werden.

THOMAS BACHER

5,6 Millionen Franken kostet das Projekt, das den Verkehr auf der Achse Zürich-Fällanden in Dübendorf vermehrt über die Höglerstrasse führt. Möglich wird das durch eine Umgestaltung der Kreuzung Zürich-/Höglerstrasse. Neu gelangen Automobilisten vom Sonenthal her kommend über eine Linksabbiegespur ins Zentrum.

### Es gibt viel zu tun

Neben der Umgestaltung der Kreuzung wird der Belag eines Teilstücks der Zürichstrasse saniert, es gibt neue behindertengerechte Bushaltestellen, Fussgängerinseln und durchgehend markierte Velowege. Zudem wird die Einfahrt der Birchlen in die Zürichstrasse neu gestaltet. Der Baubeginn ist im August vorgesehen. **Seite 3**

ANZEIGE

**OBAG KEINE PROBLEME KENNT**  
24 STD - NOTFALLDIENST  
044 937 45 00  
044 919 06 09  
WWW.KANALOBAG.CH

# In der Ustermer Loren ist der Naturschutz im Vormarsch

**USTER.** Westlich des Entwicklungsgebiets Loren wurde eine Pufferzone zum anschliessenden Glattenriet eingerichtet. Jetzt will der Kanton diese Pufferzone in eine Naturschutzzone umwandeln.

CHRISTIAN BRÜTSCH

Der Kiesplatz hinter den KMU-Boxen in der Ustermer Loren ist ein ruhiger, idyllischer Ort mit Blick ins Grüne und auf einen kleinen Weiher mit Steg, von

dem sich Kleinlebewesen im Wasser beobachten lassen. Die grünen Tafeln «Naturschutzgebiet» machen auf den schützenswerten Charakter des Geländes aufmerksam. Blickt man aber auf den Zonenplan, muss

man feststellen, dass es sich beim Streifen zwischen Loren und Glattenriet um eine Industriezone handelt. Geschützt wird der grüne Gürtel durch den vom Volk genehmigten Gestaltungsplan Loren.

Jetzt will der Kanton diesen Schutz verstärken. Aus der ausgeschiedenen Pufferzone will er eine Naturschutzzone machen. Gleichzeitig kann er den Eintrag des kleinen Flachmoors Brand-

schänki nachholen. Dieses ist bereits im Bundesinventar aufgeführt.

Die Baudirektion sieht im vorgelegten Entwurf keinen Zusammenhang mit dem kantonalen Strassenprojekt «Uster West». Dieses werde dadurch nicht tangiert. Anders der Verein Lebensqualität Uster West, der die Umweltverträglichkeit des ungeliebten Strassenprojekts infrage stellt. **Seite 3**



Der Kanton will den Kiesplatz hinter den KMU-Boxen als Erholungszone in den Natur- und Landschaftsschutz aufnehmen. Bild: Christian Brüttsch

## Sozialvorstand tritt ab

**ILLNAU-EFFRETIKON.** Nach insgesamt 24 Jahren Kommunalpolitik ist Schluss: Kurt Brüngger, seit 2002 Sozialvorstand von Illnau-Effretikon, kandidiert bei den Behördenwahlen Ende März nicht mehr. Vor seinem Exekutivamt war der Sozialdemokrat zwölf Jahre im Stadtparlament.

Nun wendet sich der 67-jährige pensionierte Reallehrer aus Illnau anderen Aufgaben zu. So wird er sich beispielsweise an der Leichtathletik-EM – die Mitte August im Zürcher Letzigrund-Stadion ausgetragen wird – als sogenannter Volunteer engagieren. (th) **Seite 11**

## BVK halbiert den Lohnsprung

**ZÜRICH.** Der Stiftungsrat der BVK hat seinen Lohnentscheid für den Chef der Pensionskasse teilweise zurückgenommen.

Die politische Kritik und die der Versicherten hat gewirkt – zumindest teilweise. Gestern hat der BVK-Stiftungsrat entschieden, die Ende 2013 beschlossene Lohnerhöhung für BVK-Chef Thomas Schönbächler zu halbieren. Er erhält nun ab diesem Jahr 320'000 statt 380'000 Franken. Derzeit verdient Schönbächler rund 265'000 Franken. Nachdem der geplante Lohnsprung im De-

zember publik gemacht worden war, hagelte es Kritik. Schliesslich hat der BVK-Chef den Stiftungsrat selber darum, die Lohnerhöhung, die er nicht gefordert hätte, zu überdenken.

Schönbächler erhalte keine zusätzlichen Boni-Komponenten, schreibt der Stiftungsrat. «Selbstkritisch» nehme er zur Kenntnis, dass er im ursprünglichen Lohnentscheid das «Umfeld» der BVK zu wenig berücksichtigt habe. Weshalb hat der Stiftungsrat den Lohn nicht einfach belassen oder nur minimal erhöht? Vizepräsidentin Lilo Lätzsch verweist auf andere Kassen wie die des Bundes (Publica), bei der der Chef

300'000 Franken Lohn erhält plus angeblich 20'000 Franken variable Anteile. Zudem habe sich auch die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Kantonsrats in einem Bericht zur BVK für Marktlöhne ausgesprochen.

GPK-Präsident Claudio Zanetti (SVP) widerspricht: «Die GPK hat sich nie wirklich mit der Lohnfrage befasst – das stünde ihr gar nicht zu.» Der Stiftungsrat versuche sich aus der Verantwortung zu stehlen. Auch die halbierte Lohnerhöhung sei ungerechtfertigt, da sich Schönbächlers Arbeit durch die blosser Umwandlung der BVK-Rechtsform kaum geändert habe. (tsc)

ANZEIGE

**Prüfungsvorbereitungskurse**  
(Gymi, BMS, FMS, HMS)  
**Nachhilfe auf allen Stufen**  
044 933 90 90  
www.iww.ch  
IWW AG  
8620 Wetzikon  
seit über 35 Jahren  
Die staatlich bewilligte Privatschule

## KOPF DER WOCHE

«Die Afghanen für den Wintersport begeistern.»

**Laura Tenchio** ist leidenschaftliche Snowboarderin. Nun will die 21-jährige Ebmatingerin ihr Können weitergeben – in Afghanistan. Hier wird sie während zweier Wochen Snowboard-Unterricht erteilen. Den Krieg und die Taliban fürchtet die finnisch-schweizerische Doppelbürgerin nicht. Unbehagen bereiten ihr hingegen Lawinen, denn ein Lawinenwarnsystem gibt es nicht. (zo) **Seite 2**

## Bubiker Firma von Weltruf

**BUBIKON.** Von der beschaulichen Gewerbezone in Bubikon aus beliefert Kissoff Ingenieure und Konstrukteure in der ganzen Welt mit Software. Allen Branchen voran nutzt sie die Fahrzeugindustrie, um die Eigenschaften von Getrieben zu berechnen. Noch heute prägend für das Geschäft ist die Entstehungsgeschichte des Unternehmens: Firmengründer Ulrich Kissling hätte eigentlich als Ingenieur im familieneigenen Betrieb arbeiten sollen – bis er sich das Programmieren beibrachte. (yba) **Seite 13**



## INSERATE

**Werbebeilage**  
■ Espresso Optic AG

**Rubriken**

■ Amtliche Anzeigen	20, 22, 26, 28, 30
■ Immobilienmarkt	15
■ Todesanzeigen	32
■ Veranstaltungen	12, 15



Die im Gestaltungsplan Loren ausgeschiedene Pufferzone hinter den KMU-Boxen (links im Bild) soll neu als kantonale Naturschutzzone ausgewiesen werden. Bild: Christian Brütisch

## Von der Industrie- zur Naturschutzzone

**USTER.** Der Kanton will in der Ustermer Loren die Pufferzone zwischen Entwicklungsgebiet und Glattenriet als Naturschutzzone eintragen lassen. Gegner der Strasse Uster West sehen darin einen «Taschenspielertrick» der kantonalen Baudirektion.

CHRISTIAN BRÜTSCH

«Naturschutz im Vormarsch» könnte der alternative Titel zum regierungsrätlichen Entwurf zur «Verordnung über den Schutz von Natur- und Landschaftsschutzgebieten mit überkommener Bedeutung in der Stadt Uster und einem Teilgebiet von Gossau (Änderung)» lauten. In diesem Entwurf wird nämlich festgehalten, dass die heutige Pufferzone im Ustermer Entwicklungsgebiet Loren grösstenteils zur Naturschutzzone umfunktioniert werden soll. Auf den alten Zonenplänen ist ein Grossteil des Gebiets Loren zwischen Winterthurerstrasse und den Gebäuden im Glattenriet sowie zwischen Bahnlinie und Brandschänki als Industriezone ausgewiesen (siehe Plan). In ersten Planungen wurde die Strasse Uster West entlang dem Glattenriet angedacht.

Mit dem Gestaltungsplan Loren kam es dann anders. Zwischen dem Glattenriet und dem Baugebiet Loren wurde eine Pufferzone eingerichtet. «Sie dient der Erhaltung des angrenzenden Naturschutzgebiets und des Feuchtgebiets Brandschänki und schützt vor unerwünschten Einwirkungen», wurde von

der Stadt Uster im Jahr 2002 kurz vor Baubeginn der Erschliessung festgehalten.

### Eintrag für ein Flachmoor

Jetzt soll diese Pufferzone zur Naturschutzzone werden, geht alles nach dem Willen des Kantons. Damit will er Ver-

säumtes nachholen. Beispielsweise ist der kleine Flachmoorbereich Brandschänki im Bundesinventar der Flachmoore von nationaler Bedeutung eingetragen – auf der kantonalen Karte fehlt er. «Zudem weist die aktuell vorliegende Zonenauscheidung am östlichen Rand des Glattenriets gegen das Gebiet Loren keine ökologisch ausreichenden Nährstoffpufferzonen gemäss dem Pufferzonenschlüssel des Bundesamts für Umwelt aus», steht im Entwurf. Der Kiesplatz hinter den KMU-Boxen soll auch gleich in den neuen

Perimeter eingebunden werden und wird zur Erholungszone.

### Abhängigkeit von Uster West

Aber warum will der Kanton gerade jetzt diese Eintragungen vornehmen? Der Verein Lebensqualität Uster West (VLUW) hat eine Antwort auf diese Frage parat. Vorstandsmitglied Martin Zürcher erklärt: «Eigentlich wollte der Regierungsrat die Strasse nun festsetzen und bauen. Das kann er aber nur, wenn die Schutzzone gemäss übergeordnetem Recht festgesetzt sind.» Der Flachmoorschutz sei im nationalen Gesetz verankert. Somit müsse das kantonale Bauprojekt «Uster West» mit dem nationalen Naturschutz koordiniert werden. «Diese nicht vorhandene Koordination war eine der Hauptbegründungen für unsere Einwendung gegen das Strassenprojekt.»

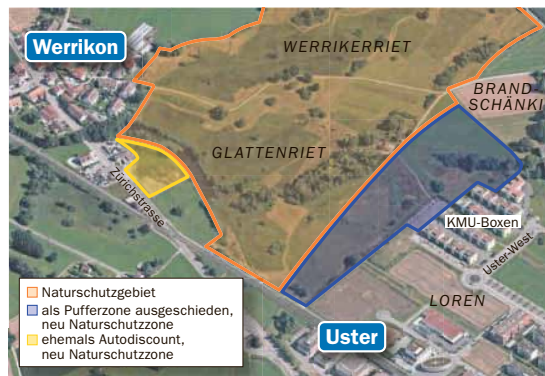
In der Medienmitteilung des VLUW wird Zürcher in der Tonart schärfer: «Dass nun nach sieben Jahren der intensiven Planung die entscheidende Schutzverordnung angepasst werden muss, ist der Tatbeweis, dass die bisherigen Beteuerungen, die Strasse sei umweltverträglich, eine propagandistische Leerformel war.» Der «Taschenspielertrick» der Baudirektion zeige, dass das Projekt nicht wie geplant festgesetzt werden könne. Der VLUW hat bereits angekündigt, die Sachlage zusammen mit den Umweltverbänden zu prüfen und eventuell rechtliche Schritte gegen

die ungeliebte Strasse Uster West einzuleiten. Zudem hofft er am nächsten Montag auf die Unterstützung des Parlaments für die Volksinitiative zur Erhaltung der Landschaft Uster West.

### Uster West nicht tangiert

Beim Kanton versteht man die Aufregung nicht. Auf die Frage des Zeitpunkts schreibt die Medienstelle der Baudirektion Zürich: «Im Kanton Zürich gibt es 130 Flachmoore von nationaler Bedeutung. Bei der Erarbeitung und Revision von Schutzverordnungen mussten deshalb Prioritäten gesetzt werden. Die Kernzone des Werriker-/Glattenriets ist bereits seit 1993 mit einer kantonalen Schutzverordnung geschützt, und die Pufferzonen sowie das Teilgebiet Brandschänki sind im Gestaltungsplan Loren seit 2000 faktisch gesichert.» Es ist also eher Zufall, dass gerade jetzt dieser Eintragungsentwurf erfolgt. Entsprechend kurz fallen auch die Antworten im Zusammenhang mit dem Strassenprojekt «Uster West» aus: Aus dem Eintrag entstünden keine zusätzlichen Aufgaben als diejenigen, die bereits in der Umweltverträglichkeitsprüfung enthalten seien. Diese müsse weder angepasst noch neu erstellt werden.

Überhaupt sieht die Baudirektion das Projekt «Uster West» nicht gefährdet. Der Eintrag sei mit dem Bauprojekt abgeglichen. «Die Änderung der Schutzverordnung hat keinen Einfluss auf das Projekt.»



Die Naturschutzzone beim Glattenriet wird markant vergrössert. Grafik: Andreas Steiner

## Mit 5,6 Millionen Zentrum entlasten

**DÜBENDORF.** Mit einer neuen Kreuzung wird der Durchgangsverkehr am Zentrum Dübendorf vorbeigeführt. Den Grossteil der Kosten übernimmt der Kanton. Einziger Wermutstropfen: Die Arbeiten dauern zwei Jahre.

THOMAS BACHER

Ein lang gehegter Wunsch von Stadtrat und Tiefbauabteilung geht in Erfüllung: Die Verkehrsachse Zürich-Fällanden führt künftig am Zentrum Dübendorfs vorbei. Eine neue Strasse ist hierfür nötig: Die bestehende Höglerstrasse wäre eigentlich die logische Verbindung zwischen Zürich und Fällanden. Doch viele Automobilisten fahren aufgrund der heutigen Verkehrsführung geradeaus weiter bis zum Zentrum, was dort in den Stosszeiten zu

einer entsprechenden Überlastung führt. Die Lösung des Problems sehen die Verkehrsplaner in Zürich und Dübendorf in einer Umgestaltung der Kreuzung Zürich-/Höglerstrasse.

### In desolatem Zustand

Diese Pläne werden nun konkret: Der Zürcher Regierungsrat hat kürzlich 4,385 Millionen Franken für die Realisierung des Projekts bewilligt. Die Gesamtkosten betragen voraussichtlich 5,6 Millionen. Der Anteil der Stadt Dübendorf beläuft sich auf 1,215 Millionen Franken und wurde vom Stadtrat als gebundene Ausgabe bereits genehmigt. Für das Geld wird die Kreuzung so umgebaut, dass die Zürichstrasse künftig direkt in die Höglerstrasse mündet, womit die Hauptverkehrsrichtung neu nach Fällanden führt.

Wer vom Sonntal her ins Zentrum will, benutzt künftig die Linksabbiegespur auf der Zürichstrasse oder aus der Gegenrichtung den Rechtsabbieger auf

der Höglerstrasse. Aus beiden Richtungen wird der Verkehr wie bisher mit jeweils zwei Ampeln geregelt. Gemäss Tiefbauamt-Leiter Jürg Sebestin ist die Kreuzung in einem baulich desolaten Zustand: «Strassenbelag und Randsteine hätten sowieso erneuert werden müssen.»

### Der ganze Bereich wird neu

Nach Angaben der Zürcher Baudirektion beginnen die Arbeiten am Projekt voraussichtlich im August. Die Bauzeit soll knapp zwei Jahre betragen. Dies liegt daran, dass neben der Kreuzung noch weitere Bereiche Teil des Projekts sind. So muss auch der Belag auf dem Teilstück bis zur Sonntal-Kreuzung saniert werden. Die Bushaltestelle Breitbach wird zur Kreuzung Zürich-/Höglerstrasse verlegt und soll in jede Richtung behindertengerecht ausgebaut werden. Für Passanten gibt es Fussgängerstreifen mit Mittelinseln, für die Velofahrer durchgehend mar-

kierte Velowege. Das soll die Sicherheit erhöhen. Ausserdem wird die Einmündung der Birchlenstrasse in die Zürichstrasse neu gestaltet.

### Vielleicht gehts auch schneller

Laut Projektleiter Adrian Baumann von der Zürcher Baudirektion hat die lange Bauzeit auch damit zu tun, dass die Dicke des Bachdurchlasses des Breitbachs den statischen Anforderungen nicht mehr genügt und deshalb ersetzt und verlängert werden muss, was auch die Werkleitungen tangiert. Letztlich sei es fraglich, ob die Bauzeit wirklich zwei Jahre betrage, sagt Baumann. «Das ist eher grosszügig gerechnet.» Die Auswirkungen der Arbeiten auf den Verkehr sollen überschaubar bleiben. Man werde alle Fahrspuren aufrechterhalten, damit es möglichst nicht zu Rückstaus auf den stark frequentierten Verkehrsknotenpunkt Sonntal-Kreuzung komme, sagt Baumann. «Ganz verhindern lassen wird sich das aber wohl nicht.»

## Strategie für die Villa am Aabach

**USTER.** Gemeinderat Balthasar Thalmann (SP) will vom Stadtrat in einer Anfrage wissen, wie es um die Villa am Aabach steht. Nach dem Nein an der Urne zur kulturellen Nutzung im Jahr 2008 wurde die Villa als Kunststätte geschlossen. Seither ist das Haus im Finanzvermögen der Stadt Uster aufgeführt und kann für Anlässe gemietet werden.

In seiner Anfrage «Was geschah nach Villa bachab!?» fragt Thalmann, wie oft und nach welchen Grundsätzen die Villa vermietet wird und wie viel die Stadt damit eingenommen hatte. Zudem will der Gemeinderat wissen, wie hoch die Ausgaben für das Gebäude sind, wie sich der bauliche Zustand für das Gebäude gestaltet und wann grössere Investitionen zum Erhalt der Bausubstanz anstehen. Thalmann will weiter wissen, wie es mit der Villa am Aabach in Zukunft weitergeht und wie der Stadtrat sie im Zusammenhang mit dem neuen Park am Aabach nutzen will. (kle)



Freitag, 05:30

Kanton Zürich

## Hüst und Hott in der Strassenprojektierung

Zürich Dossier: [Gesamtverkehr Zürich](#) Freitag, 05:30

Ottenbach: Der neuen Umfahungsstrasse müssten zum Beispiel diese Holzschuppen weichen. (Bild: Karin Hofer / NZZ)

**Der Kanton tut sich schwer mit dem Bau neuer Strassen. Das zeigt sich an jenen beiden Vorhaben, die am weitesten fortgeschritten sein sollten.**

*Stefan Hotz*

«Die Bewilligung eines Objektkredits ist nicht die einzige Hürde auf dem Weg zur Erstellung einer neuen Strasse», seufzt der Regierungsrat. Die Säuliämter können ein Lied davon singen. Im September 2012 sagte eine klare Mehrheit des Zürcher Stimmvolks Ja zum A-4-Zubringer samt Umfahrung von Ottenbach – genauer zu seiner Finanzierung. Die Planaufgabe wurde damals für Sommer 2013 erwartet.

Nun hat die Regierung auf eine Anfrage von Kantonsrat Olivier Hofmann (fdp., Hausen a. A.) erläutert, warum sie erst kommenden Herbst so weit ist. Mängel in der Projektentwicklung seien nicht ersichtlich, hält sie fest. Aber sie bestätigt, was schon bekannt war: Die Detailplanung der Ersatz- und Ausgleichsmassnahmen sowie weitere Abklärungen nehmen mehr Zeit als geplant in Anspruch. Die Regierung macht klar, dass das Projekt bezüglich Naturschutz einen sehr heiklen Raum tangiert. Die geplante Strasse führt an der Reusslandschaft von nationaler Bedeutung, an einem Flachmoor und einem nationalen Amphibienlaichgebiet vorbei.

### **Strasse contra Moorschutz**

Interessant ist die Aussage, die Anforderungen an die öffentliche Planaufgabe hätten sich aufgrund der Erfahrungen beim Strassenprojekt Uster West erhöht. Hier machte der Kanton sehr rasch vorwärts. Obwohl dieser Kredit erst im Oktober 2012 bewilligt worden war, legte die Baudirektion bereits im Mai darauf ein noch abgeändertes Projekt auf. Am 7. Januar hat sie nun den Entwurf einer geänderten Schutzverordnung für das Werriker-/Glattenriet in Uster veröffentlicht, an dem die neue Strasse vorbeiführen soll. Zu diesem Flachmoor von nationaler Bedeutung gehört aber ein drittes Feuchtgebiet namens Brandschänki. 2008 schrieb der Regierungsrat, die Schutzbestimmungen seien an die Bundesvorgaben anzupassen und dabei der Teil Brandschänki einzubeziehen. Ausdrücklich hiess es damals, der Entwurf einer geänderten Verordnung werde gleichzeitig mit dem Strassenprojekt Uster West aufgelegt.

Warum wird das erst jetzt nachgeholt? Bauplanung und Schutzverordnung seien unabhängig voneinander, heisst es dazu auf der Baudirektion. Ausserdem habe Uster West die Schutzansprüche bezüglich des Moors und die Anpassung der Verordnung bereits berücksichtigt. Das sehen die Kritiker der Strasse anders. Der Verein Lebensqualität Uster West reagierte umgehend. Nach sieben Jahren intensiver Planung müsse die entscheidende Schutzverordnung angepasst werden. Das entlarve die Beteuerungen, die Strasse sei umweltverträglich, als propagandistische Leerformel: Nach dem neusten «Taschenspielertrick» könne das Projekt nicht wie geplant festgesetzt werden.

### **Wie die Oberlandautobahn?**

Rechtsmittelverfahren könnten ein Projekt weit länger verzögern als eine fachlich breit abgestützte und für alle Seiten tragbare Lösung. So begründet der Regierungsrat seine Verspätung im Säuliamt. Möglich ist aber auch ein Totalschaden. Die Kritiker in Uster werfen dem Kanton vor, er passe seine Schutzbestimmungen für ein nationales Flachmoor nachträglich einem Strassenprojekt an. In der Tat wird die Abgrenzung des Schutzgebiets im Osten von der geplanten Linienführung für Uster West weg verschoben, dafür auf der anderen Seite erweitert. Das kommt einem bekannt vor: Vor 20 Jahren hatte der Bundesrat auf Drängen aus Zürich die Moorlandschaft zwischen Hinwil und Wetzikon eingegrenzt und so der Linienführung der Oberlandautobahn angepasst. Vor allem deshalb versenkte das Bundesgericht 2012 das Bauprojekt.

---

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTES SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.



# Kampf um Uster West geht weiter

**USTER.** Die Volksinitiative «zur Erhaltung der Landschaft in Uster West» wurde vom Parlament für ungültig erklärt. Der Entscheid war eher rechtlicher als politischer Natur. Das Komitee prüft einen Weiterzug an den Bezirksrat.

CHRISTIAN BRÜTSCH

Stadtpräsident Martin Bornhauser (SP) fand am Montag ungewohnt klare Worte gegen die Initianten der Volksinitiative «zur Erhaltung der Landschaft in Uster West (keine Strasse Uster West)». Die Einwohnerinnen und Einwohner, welche die Initiative mitunterzeichnet hätten, seien gegen das Strassenprojekt «Uster West», «und das ist ihr gutes Recht». Mit ihrer Unterschrift seien sie aber der Annahme gewesen, die Strasse verhindern zu können. «Sie müssen sich heute, wenn die Initiative für ungültig erklärt wird, ja, werden muss, als dumm verkauft vorkommen.»

Schon in der Vorprüfung sei das Initiativkomitee wiederholt darauf hingewiesen worden, dass die Volksinitiative wahrscheinlich für ungültig erklärt werden müsse. Trotzdem hätte man am Vorstoss «Die zuständigen politischen Organe der Stadt Uster werden verpflichtet, sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden politischen, demokratischen und rechtlichen Mitteln gegen die Realisierung des kantonalen Strassenprojekts «Uster West» zu wehren», festgehalten.

## Nicht durchführbar

Um sicher zu sein, hat die Stadt Uster ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Dieses wurde von Isabelle Häner, Titularprofessorin für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Zürich, erstellt. Bornhauser: «Sie kommt in ihrem Gutachten in einer für Juristen unüblichen Klarheit zum Schluss: Diese Volksinitiative muss für ungültig erklärt werden.»

Die Begründung ist rechtlicher Natur. Eine Initiative könne nur für gültig erklärt werden, wenn sie auch durchführbar sei. Dies sei im vorliegenden Fall nicht möglich. Es bestünden «keine demokratischen, politischen und rechtlichen Mittel, mit denen ein Verzicht



In der Loren gibt es neben dem umkämpften Strassenprojekt «Uster West» auch idyllische Mooreteiche. Bild: Christian Brütisch

auf das Projekt erzwungen werde könnte», schrieb der Stadtrat.

Die stadträtliche Ansicht wurde von der FDP/JFU-Fraktion gestützt. Auch die GLP/EVP/CVP-Fraktion stellte sich mehrheitlich hinter den Stadtrat. Die GLP stehe nach wie vor nicht hinter dem stadträtlichen Drängen nach Realisierung der Strasse Uster West, sagte Ursula Räuftlin. Sie betrachte die Initiative aber ebenfalls als undurchführbar.

Werner Kessler (BPU), der sich gegen die Strasse Uster West stemmt, ergriff nur kurz das Wort: «Der Stadtrat soll jetzt mit der Unterführung Winterthurerstrasse vorwärtsmachen, dann erübrigt sich die Strasse Uster West.» Wortreicher waren die Grünen, die eine Teilungsgültigkeitserklärung beantragten. Sie forderten, den Passus «rechtlich» aus dem Initiativtext zu

streichen, da dafür die Fristen abgelaufen seien. Es stünden aber nach wie vor informelle Instrumente wie Petition, Unterredung mit dem Regierungsrat oder Brief an die Zürcher Regierung zur Verfügung. Als Knackpunkt ortet er, dass es «nie einen Volksentscheid, wie sich die lokalen politischen Organe der Stadt Uster zu Uster West zu stellen haben», gab. Er schlug vor, dass dies in Anbetracht der Tragweite des Projekts an der Urne hätte legitimiert werden können.

## Weiterzug prüfen

Nachdem Bornhauser die Verantwortung für die Ungültigkeit der Initiative dem Initiativkomitee zuschob, meldete sich dieses heute schriftlich zu Wort. Das Komitee fährt dabei mit scharfem Geschütz auf. Es bezeichnet den Antrag des Stadtrats als umstritten. Dieser

wolle «sein Prestigeprojekt» nicht gefährden. Bereits bei der Lancierung hätte er von «Irreführung und Ungültigkeit» gesprochen und «liess inzwischen noch ein entsprechendes Rechtsgutachten erstellen». Die Gemeinderäte, die dem Antrag des Stadtrats gefolgt seien, hätten sich gegen den demokratischen Grundsatz «in dubio pro populo» (im Zweifel für das Volk) entschieden. «Damit werden nicht nur die gut 1000 Unterzeichner der Volksinitiative brüskiert, sondern auch der Stimmbevölkerung die Möglichkeit genommen, sich endlich für oder gegen die Strasse Uster West auszusprechen.» Das Initiativkomitee prüft nun, einen Stimmrechtsrekurs beim Bezirksrat einzureichen. Somit ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, obwohl der Gemeinderat die Initiative mit 30 zu 5 Stimmen für ungültig erklärt hatte.

## ÄXGÜSI

«Das Wort hat der Sprecher der Rechnungsprüfungskommission **Rudolf Locher**», sagte Ratspräsidentin **Gabriela Seiler** am Montagabend. Der Angesprochene schaute sie nur ungläubig an und schüttelte den Kopf. «Wer dann?», fragte Seiler nach. «Dann muss halt der Chef in die Breche springen», erklärte sich **Jean-François Rossier** als RPK-Präsident bereit. Wobei er gleich nachlegte: «Ich bin absolut unvorbereitet.»

\*\*\*

Lange ausharren mussten einige **Kinder**, die aus erster Hand erfahren wollten, was mit der finanziellen Unterstützung «ihres» Abenteuerspielplatzes **Holzurm** geschieht. Kurz vor der Abstimmung richtete **Seiler** das Wort an sie: «Nach der Abstimmung unterbrechen wir kurz, damit ihr den Saal verlassen könnt.» Zudem wies sie darauf hin, dass «im Prinzip» spontane Reaktionen wie Jubel oder Applaus nicht erlaubt seien. Der Hinweis war nicht nötig. Die Kinder zeigten eine erwachsene Reaktion. Mit einem höflichen Lächeln zeigten sie, dass sie mit dem Rat einverstanden waren. – Vielleicht waren sie auch einfach zu müde.

\*\*\*

Am Montag gab es im Parlament nicht weniger als fünf Abrechnungen zu genehmigen. Nur als das Resultat zum Pavillon beim Sek-Schulhaus Weidli mit 35 zu 0 Stimmen abgegeben wurde, regte sich Widerstand. Es war – einmal mehr und eigentlich ein Running Gag – **Rolf Denzler**, der das Resultat korrigiert haben wollte. Als Näniker ist und bleibt er bei Geschäften der Sekundarstufe Uster im Ausstand. Mit 34 zu 0 wurde die Rechnung dennoch komfortabel abgesegnet. (brü)

## IN KÜRZE

### Bus fahren in Madagaskar

**USTER.** Heute Mittwoch, 22. Januar, erzählen Marianne und Karl Günthard in der Bibliothek Uster von ihren Reisen. Die zwei Ustermer reisen seit 13 Jahren mehrere Monate pro Jahr. Karl Günthard wird dieses Mal von seinem neuesten Projekt, einer Busreise in Madagaskar, erzählen. Türöffnung ist um 19.30 Uhr, der Eintritt kostet 15 Franken. (zo)

ANZEIGE

VERBODEN



www.glatt.ch

27. Dezember bis 25. Januar

457769

# Glatt

# Kanton übergeht Stimmvolk in Uster

Statt Staus vor der Bahnschranke wollte Uster die Unterführung Winterthurerstrasse. Doch der Entscheid an der Urne wird vom Kanton gekippt. Er will ein anderes Vorhaben realisieren.



Unten durch statt oben warten: Die Kreuzung zwischen Schienen- und Strassenverkehr sollte eine Unterführung vermeiden. Bild: zvg

Der Zürcher Kantonsrat hatte im Herbst 2012 grünes Licht gegeben für ein etwa 21 Millionen Franken teures kantonales Strassenprojekt «Uster West» mit einer Überführung über die Bahnlinie. Es soll das Stadtzentrum vom Durchgangsverkehr entlasten.

Nach dem Bau von «Uster West» soll die Winterthurerstrasse, die die Bahnlinie mit einem Niveauübergang quert, zur Gemeindestrasse abklassiert werden. Der Stadtrat begrüßte das kantonale Projekt und sprach sich – wie auch das Gemeindeparlament – gegen eine kommunale Volksinitiative aus, die von der Stadt verlangte, den Bahnübergang Winterthurerstrasse durch eine Unterführung zu ersetzen.

In der Volksabstimmung vom 25. November 2012 wurde die Initiative jedoch von der Ustermer Stimmbevölkerung mit einem Ja-Anteil von etwa 60 Prozent angenommen. Der Stadtrat erhielt damit den Auftrag, eine Unterführung zu projektieren.

In einem kooperativen Verfahren habe die Stadt dann zusammen mit SBB, kantonalen Ämtern und dem Initiativkomitee ein Vorprojekt erarbeitet und im letzten Herbst dem Kanton zur Vernehmlassung übergeben.

## «Kein Spielraum für weitere Arbeiten»

Die kantonale Stellungnahme habe «keinen Spielraum für die weiteren Arbeiten» offengelassen. Das Unterführungs-Projekt stehe aus kantonaler Sicht in Konkurrenz zum Projekt «Uster West» und eine Umsetzung beider Strassenprojekte falle für den Kanton «ausser Betracht».

13:17

## Artikel zum Thema

### Unterführung Winterthurerstrasse: Ustermer Stadtrat wehrt sich

In einem Brief ans Initiativkomitee Pro Unterführung Winterthurerstrasse schiebt der Stadtrat die Verzögerungen bei der Projektierung den Initianten in die Schuhe. [Mehr...](#)

Von Nicole Roos 20.11.2010

## Die Redaktion auf Twitter

Stets informiert und aktuell. Folgen Sie uns auf dem Kurznachrichtendienst.

[@tagesanzeiger folgen](#)

Um dem Willen der Ustermer Stimmberechtigten dennoch Nachachtung zu verschaffen, ersuchte der Stadtrat Anfang Juni den Regierungsrat, ihm die Kompetenz zur Projektierung und Realisierung zu übertragen, was gemäss Strassengesetz möglich wäre. Am 9. Juli beschloss die Kantonsregierung, das Gesuch des Stadtrates abzulehnen und ihm die Zuständigkeit für die Projektierung nicht zu übertragen.

Aufgrund der Haltung des Regierungsrats muss nach Ansicht des Ustermer Stadtrats die Staatsstrasse «Uster West» nun schnellstmöglichst gebaut werden und zwar so, wie sie im kantonalen Richtplan festgesetzt sei, heisst es in der Mitteilung.

### «Uster West»: Baubeginn frühestens im Herbst 2015

Nach Auskunft der kantonalen Baudirektion kann mit dem Bau von «Uster West» frühestens im Herbst 2015 begonnen werden. Ein Weiterzug von Einsprachen könne zu einer Verzögerung von bis zu drei Jahren führen, sagte Thomas Maag von der Baudirektion.

In diesem Herbst wird der Regierungsrat laut Maag das Strassenprojekt und die angepasste Schutzverordnung festsetzen. Zum Strassenprojekt, das vor einem Jahr öffentlich aufgelegt wurde, sind zwölf Einsprachen von Verbänden und Privaten eingegangen. Die Einsprachefrist zur Schutzverordnung läuft noch, wie viele Einsprache es dazu gibt, ist somit noch offen.

Die Baudirektion hofft, durch Gespräche noch einige der Einsprachen abwenden zu können, die übrigen würden dann vom Regierungsrat behandelt. Dessen Entscheid kann dann beim Verwaltungsgericht – und allenfalls beim Bundesgericht – angefochten werden.

Wenn die Winterthurerstrasse nach dem Bau von «Uster West» abklassiert werde, sei die Stadt Uster für die allfällige Realisierung einer redimensionierten Bahnunterführung nicht mehr auf eine Kompetenzabtretung angewiesen, schreibt der Stadtrat. Nach den Sommerferien werde er über das weitere Vorgehen bezüglich Volksinitiative informieren. (ep/sda)

(Erstellt: 17.07.2014, 12:11 Uhr)

---

MARKTPLATZ



Adosala  
[adosala.ch](http://adosala.ch)



Luxury Scuderia AG  
[www.luxuryscuderia.ch](http://www.luxuryscuderia.ch)



# Anzeiger von Uster

**ZRZ**  
Zürcher Regionalzeitungen

Redaktion 044 933 33 33, redaktion@zol.ch  
Abo-Service 044 933 32 05, abo@zol.ch  
Inserate 044 933 32 04, inserate@zol.ch  
AZ 8620 Wetzikon

Die Tageszeitung des Bezirks Uster

## FAST WIE IN SRI LANKA

### Hindus fühlen sich wohl im Dürntner Tempel

Seit fast fünf Jahren steht der Hindu-temple in Dürnten. Es ist für Priester Thandayuthapanikkurukal der ideale Ort für seine religiöse Tätigkeit. **SEITE 5**



## NEUAUSRICHTUNG KYBURG

### Regierungsrat unterstützt Museum Schloss Kyburg

Das Museum in der Kyburg braucht Geld für seine Neuausrichtung. Mit neun Millionen Franken möchte der Regierungsrat helfen. **SEITE 7**

## ZEHNDERS 350. GP

### Seit 20 Jahren Teammanager

Beat Zehnder aus Illnau arbeitet seit über zwei Jahrzehnten bei Sauber – und wünscht sich zum Jubiläum endlich WM-Punkte. **SEITE 27**

# Planung der Unterführung gestoppt

**USTER** Der Regierungsrat des Kantons Zürich verweigert der Stadt Uster die weitere Projektierung der Unterführung Winterthurerstrasse. Damit stellt er sich gegen den Willen der Ustermer Stimmbevölkerung.

Der Wille des Volks war an der Urnenabstimmung vom 25. November 2012 deutlich. Rund 60 Prozent der Abstimmenden forderten eine Weiterführung der Projektierung für eine Unterführung Winterthurerstrasse. Die Krux an der Geschichte ist: Die Strasse gehört dem Kanton,

und dieser kann mehr oder weniger bestimmen, wer wann was wie plant. Bis und mit Vorprojekt, das die Stadt Uster in Zusammenarbeit mit dem Initiativkomitee und den SBB erstellte, half der Kanton mit – auch wenn er sich kritisch gegenüber dem Bauvorhaben zeigte.

Schliesslich hat er mit der Strasse Uster West ein eigenes Projekt im Köcher, das von der Unterführung konkurrenziert würde. Und für Uster West hat der Kantonsrat bereits einen Verpflichtungskredit von 21 Millionen Franken bewilligt.

Mit dem Entscheid vom 9. Juli hat nun der Regierungsrat dem Planungstreiben einen Riegel geschoben. Damit die Stadt hätte weiterplanen können, hätte sie die Übertragung der kantonalen

hoheitlichen Rechte benötigt. Der Stadtrat ersuchte Anfang Juni beim Regierungsrat um diese Kompetenzabtretung. Das Gesuch wurde abschlägig beantwortet. Die Planung der Stadt Uster ist somit auf Eis gelegt.

#### Abklärungen nötig

Quasi zwischen Stuhl und Bank ist nun die Stadt Uster. Einerseits ist das das Resultat der Volksabstimmung, welche eine Unterführung fordert. Andererseits

wird dies nun mit dem Entscheid des Regierungsrats blockiert. «Wie es mit der Umsetzung weitergeht, werden wir abklären – und dann wieder informieren», erklärte der zuständige Stadtrat Thomas Kübler. Kritisch meint er rückblickend, ob die Volksinitiative nicht schon vor der Abstimmung für ungültig hätte erklärt werden müssen. Bis heute hat die Planung der Unterführung den Steuerzahler 470'000 Franken gekostet. **brü SEITE 3**

# Aabach-Kraftwerke sollen weiter Strom liefern

**REGION** Die historischen Wasserkraftwerke am Aabach sollen erhalten bleiben. Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat einen Beitrag von maximal 21,1 Millionen Franken.

Als eine «einmalige Kette von industrie- und technikgeschichtlich bedeutsamen Wasserkraftanlagen» beschreibt der Regierungsrat die zwölf im 19. Jahrhundert gebauten Kleinwerke entlang dem Aabach zwischen Pfäffiker- und Greifensee. Neun der Anlagen sind noch in Betrieb, drei seit Jahrzehnten stillgelegt. Der Regierungsrat will nun mit einem Beitrag von maximal 21,1 Millionen Franken die historischen Werke sanieren.

Die Kraftwerke liessen sich langfristig am besten erhalten, wenn sie in Betrieb blieben. Damit dies möglich ist, müssen sie den gesetzlichen Vorgaben entsprechen. So müssen die Kraftwerke vom heutigen Betrieb mit starken Schwankungen des Wasserpegels auf einen kontinuierlichen Betrieb mit mehr Restwasser umgestellt und für Fische passierbar werden. **cb SEITE 2**



Das Kraftwerk Dürsteler in Wetzikon, zu dem auch ein Badeweiher gehört, soll zu neuem Leben erweckt werden.

Christian Brändli

## Rekurs im Egger Verkehrsstreit

**EGG** Sergio Oesch, Präsident der Egger Ortspartei Pro Egg hat gegen die Medienmitteilung des Gemeinderats zur Verkehrsführung in Egg Stimmrechtsrekurs erhoben. Oesch wirft der Egger Exekutive vor, die Stimmbevölkerung unvollständig und suggestiv zu informieren. Zudem stört er sich am vom Gemeinderat festgelegten Abstimmungszeitplan und kritisiert, dass nicht klar sei, worüber überhaupt abgestimmt werden solle. Oesch verlangt deshalb, den Urnengang vom 28. September zu verschieben. **bro SEITE 3**

## Kein Potenzial für Fracking

**REGION** Die Zürcher Regierung beschloss vor gut zwei Wochen, sich gegen ein Fracking-Verbot auszusprechen. Stattdessen verweist sie auf bestehende Gesetze und Vorgaben, die als Schutz vor Umweltschäden ausreichen. Ein zwischenzeitlich gestopptes Projekt der Erdöl AG bei Henggart wird nun wieder konkreter. Der Gossauer Unternehmer Heinz Gorsolke glaubt zudem, dass der Kanton mit seiner Haltung gegen die Gaswirtschaft arbeitet. Dass jemals eine Fracking-Anlage in der Region zu stehen kommt, hält er für ausgeschlossen. **zo SEITE 9**

# Passagierjet über der Ukraine abgeschossen

**KIEW/DONEZK** Gestern stürzte ein Passagierflugzeug der Malaysia Airlines über der Ostukraine ab. Kiew und die prorussischen Rebellen werfen sich gegenseitig den Abschuss der Maschine vor.

Von Amsterdam nach Kuala Lumpur unterwegs war gestern Nachmittag eine Boeing 777 der Malaysia Airlines, als die Maschine mit 295 Personen an Bord über der Ostukraine unermittelt abstürzte – in der

Unruheregion Donezk, das rund 50 Kilometer von der russischen Grenze entfernt liegt und das von prorussischen Separatisten kontrolliert wird. An der Absturzstelle gab es keine Überlebenden.

Die ukrainische Staatsführung in Kiew und prorussische Separatisten beschuldigten sich gestern Abend gegenseitig, die malaysische Maschine abgeschossen zu haben. Präsident Petro Poroschenko sprach von einem «Terrorakt». Die Separatisten bezichtigten ihrerseits das ukrainische Militär, für den Absturz verantwortlich zu sein. Dieses verfügt über entsprechende Flugabwehrraketen. Meldungen, wonach die Rebellen ebenfalls in den Besitz solcher Raketen gelangt sein sollen, wurden von diesen dementiert.

**Flugschreiber gefunden**  
Die Europäische Union und die Nato verlangten von den Konfliktparteien in der Ostukraine, dass diese internationalen Er-

mittlern Zugang zur Absturzstelle geben müssten. Die Separatisten erklärten sich gestern Abend zu einer kurzen Feuerpause bereit, damit die Toten geborgen werden könnten. Zudem berichteten die Separatisten, dass sie den Flugschreiber gefunden hätten.

Mehrere Flugesellschaften, darunter auch die Swiss und die Lufthansa, kündigten gestern Abend an, die Ukraine bis auf Weiteres nicht mehr zu überfliegen. **sda/zo SEITE 19**

ANZEIGE

**454582**

BEI HOCHDRUCKER GIBT ES KEIN PROBLEM, OBAG REINIGT MIT SYSTEM!

**24 STD NOTFALLDIENST**  
044 937 45 00  
WWW.KANALOBAG.CH

INSERATE

Rubriken	
■ Amtliche Anzeigen	10, 20
■ Immobilienmarkt	11
■ Todesanzeigen	22
■ Veranstaltungen	11



# Regierungsrat entscheidet gegen Volk

Kommentar

**USTER** Der Regierungsrat hat entschieden: Uster darf die Unterführung an der Winterthurerstrasse nicht projektiert. Was das für Folgen hat, muss zuerst abgeklärt werden.

«Diese Blockadepolitik führt zu gar nichts», nerviert sich Paul Stopper (BPU). Er hatte zusammen mit dem Initiativkomitee Unterführung Winterthurerstrasse die Abstimmung vom November 2012 gewonnen. Endlich sollte die zuvor an der Urne bereits zweimal gescheiterte Unterführung projektiert und gebaut werden.

Murrend hat der Stadtrat von Uster die Niederlage anerkannt und machte sich zusammen mit dem Komitee, den SBB und dem Kanton an die Vorprojektion des Unterfangens. Im September 2013 wurde das Projekt vorgestellt. Eine Kostenschätzung sprach von 25 bis 26 Millionen Franken und weiteren 1,2 Millionen Franken für Lärmschutzmassnahmen. Man hoffte, dass das Bauprojekt bis zum Frühjahr 2014 stehen würde.

## Ein Stopp aus Zürich

Jetzt ist bereits Sommer 2014 und das Projekt mit einem regierungsrätlichen Entscheid in weite, weite Ferne gerückt – was den Ärger Stoppers begründet.

Damit die Stadt aus dem Vorprojekt ein Bauprojekt hätte machen können, wäre die Zustimmung des Kantons nötig gewesen. Die Winterthurerstrasse ist im Eigentum des Kantons, und dieser bestimmt, was geplant und gebaut werden kann. Bei Strassenprojekten besteht die Möglichkeit, dass der Regierungsrat den Gemeinden auf Gesuch hin «die Projektierung, den Landerwerb, die Bauleitung und die Bauausführung für Staatsstrassen auf ihrem Gebiet allgemein oder im Einzelfall übertragen» kann. So steht es in Paragraph 53 des Strassengesetzes.

Im zweiten Absatz wird ausgeführt, dass er dem Begehren zu entsprechen habe, wenn die Wahrnehmung überkommener Interessen dennoch gesichert bleibe. Genau hier hat der Kanton ein Problem. Aus seiner Sicht steht die Unterführung Winterthurerstrasse in direkter Konkurrenz zur projektierten Strasse Uster West. Wird diese nämlich gebaut, kann die Winterthu-

rerstrasse zur Gemeindestrasse abklarschiert werden. «Am 9. Juli hat der Regierungsrat beschlossen, das Gesuch des Stadtrats Uster abzulehnen und ihm damit die Zuständigkeit für die Projektierung gemäss §53 Strassengesetz nicht zu übertragen», steht in der Medienmitteilung des Stadtrats.

## Rechtliche Abklärungen

«Das kommt wenig überraschend», erklärt der zuständige Stadtrat Thomas Kübler. Schon bei den ersten Abklärungen hätte der Kanton signalisiert, dem Bauprojekt nicht Hand zu bieten. «Die Geprellten sind die Stimmbürger von Uster. Sie haben zu etwas Ja gesagt, das so nicht geht.» Der Regierungsrat habe formell sicher richtig entschieden. Noch sei der Entscheid des Regierungsrats nicht rechtskräftig. «Wir haben Rechtsmittel gegen den Entscheid des Regierungsrats. Welche das sind und wie die Chancen stehen, den Entscheid umzustossen, muss abgeklärt werden.» Der Stadtrat wird nach den Sommerferien informieren.

«In der ganzen Schweiz habe ich noch nie erlebt, dass man ein

solches Aufheben um die Aufhebung eines Bahnübergangs gemacht hat», meint Stopper. Dass sich nun der Regierungsrat gegen das Usterer Volk stellt, kann er nicht verstehen. Der Mediensprecher der Volkswirtschaftsdirektion Markus Gerber ist anderer Ansicht: «Der Regie-

**«Die Geprellten sind die Stimmbürger von Uster. Sie haben zu etwas Ja gesagt, das so nicht geht.»**

Thomas Kübler  
Stadtrat Uster

rungsrat ist nicht gegen einen Volksentscheid vorgegangen. Mit einem kommunalen Entscheid können die übergeordneten gesetzlichen Zuständigkeiten nicht umgangen werden.» Der Regierungsrat respektiere selbstverständlich den Usterer Volksentscheid. Auch sei ihm der Handlungsbedarf in Uster bekannt. Aber der Kanton müsse seine eigenen Interessen an den Kantonsstrassen wahren können, für die nur er zuständig sei. Dies wäre mit der Übertragung des nun anstehenden formellen Projektierungsverfahrens an die Stadt nicht mehr gewährleistet gewesen.

Aus diesem Blickwinkel betrachtet, meint Kübler selbstkritisch: «Vielleicht hätte man die Initiative schon früher für ungültig erklären sollen.» Immerhin hat die nun sistierte Projektierung den Usterer Steuerzahler bereits 470 000 Franken gekostet.

## Uster West schnell bauen

«Der Stadtrat Uster sieht in der Haltung des Regierungsrats vor allem einen wichtigen Grund, die Staatsstrasse Uster West schnellstmöglich zu realisieren,

so wie sie im kantonalen Richtplan festgesetzt ist», schreibt der Stadtrat in seiner Medienmitteilung.

Das könnte sich nach Angaben der kantonalen Baudirektion noch etwas hinziehen. Thomas Maag, Mediensprecher der Baudirektion, rechnet damit, dass der Regierungsrat diesen Herbst das Projekt festsetzen und die Einsprachen behandeln kann. Zwölf Einsprachen sind gegen das Strassenprojekt eingegangen. Wie viele Einsprachen gegen die Schutzverordnung eingegangen sind, kann man noch nicht sagen, da die Einsprachefrist noch läuft.

«Sollte die regierungsrätliche Projektfestsetzung nicht angefochten werden, könnte im Herbst 2015 mit dem Bau begonnen werden. Wenn jedoch Rechtsmittel ergriffen werden und zuerst das Verwaltungsgericht und danach das Bundesgericht angerufen werden, so könnte dieser Rechtsweg den Baubeginn bis zu drei Jahre verzögern», erklärt Maag weiter. Diese konsequente Beschreitung des Rechtswegs käme dann einer Blockadepolitik gleich.

Christian Brütisch



## Dimensionen überdenken

Mit dem Entscheid des Regierungsrats wird die Planung der Unterführung Winterthurerstrasse vorerst auf Eis gelegt. Hitzige Diskussionen werden folgen. Die Volksebene wird sich wohl daran entzünden, dass der Regierungsrat dem Willen der Usterer Stimmbewölkerung die kalte Schulter zeigt. Das weitere Vorgehen, wie der Volksentscheid umgesetzt werden soll, bleibt vorerst unklar und muss rechtlich abgeklärt werden.

Nüchtern betrachtet ist der Entscheid gar nicht so schlecht. Schon bei der Abstimmung im November 2012 war klar, dass der Kanton die Strasse Uster West favorisiert – schliesslich hat der Kantonsrat den entsprechenden Kredit kurz vor der Abstimmung abgesegnet. Wird die Strasse Uster West tatsächlich gebaut, wäre die als Vorprojekt bereits vorliegende Unterführung Winterthurerstrasse massiv überdimensioniert.

Doch die geleisteten Arbeiten könnten später als Basis dienen, falls Uster West gleichwohl nicht gebaut werden kann. Dann würde der Kanton die Kosten, die auf 25 bis 26 Millionen Franken geschätzt werden, tragen müssen.

Wird Uster West gebaut, könnte in einem weiteren Schritt eine kleinere und dadurch viel günstigere Unterführung geplant werden. Sie hätte nur noch die Funktion, einen der vielen Niveau-Übergänge in Uster aufzuheben. Eine Unterführung in dieser Dimension war schliesslich auch vom Initiativkomitee angedacht. Ob die Usterer dann zumal immer noch eine Unterführung Winterthurerstrasse wünschen, muss zu gegebener Zeit diskutiert werden.

So tut das «befohlene» Innenhalten gut. Auch wenn sich dadurch in Uster – einmal mehr – nichts bewegt.



Nicht nur die Barriere, sondern auch die Planung der Unterführung Winterthurerstrasse ist «geschlossen».

Edward Gautschi

# Egger fordert Verschiebung der Abstimmung

**EGG** Im Egger Verkehrsstreit gehen die Emotionen weiter hoch: Mit einem Stimmrechtsrekurs verlangt ein Einwohner von Egg die Verschiebung der Abstimmung vom 28. September.

Sergio Oesch ist Präsident der im Winter 2012 gegründeten Mitte-links-Partei Pro Egg. Der Softwareentwickler setzt sich gemäss eigener Aussage für eine «transparente Politik in der Gemeinde» ein. Eine solche sieht der dreifache Familienvater durch die jüngst bekannt gegebene Informationen der Egger Exekutive zur Verkehrsführung im Dorf nicht gewährleistet. Der Gemeinderat informiere die Bevölkerung unvollständig und suggestiv, so Oesch. Gegen die Pressemitteilung des Gemeinderats vom 10. Juli hat er deshalb beim Usterer Bezirksrat Stimmrechtsrekurs erhoben.

Mit diesem fordert er unter anderem, die auf den 28. September terminierte Abstimmung über die Verkehrsführung zu verschieben.

## Kritik an Namensänderungen

In der von Oesch angefochtenen Mitteilung gab der Egger Gemeinderat bekannt, welche Varianten er der Bevölkerung zur Abstimmung vorlegt. Zur Auswahl stehen die Varianten «Zentrum» und «oberirdisch». Erstere sieht wie bis anhin eine Verkehrsabwicklung über die Forchstrasse vor, die zu diesem Zweck verbreitert werden soll. Gemäss der zweiten soll der Verkehr von der Forchstrasse in die Neue Meilenerstrasse – und damit durch ein Wohnquartier – umgeleitet werden. Die sogenannte Variante «überdeckt», die ein Tunnel unterhalb der Neuen Meilenerstrasse vorsah, hat der Gemeinderat aus Kostengründen fallen gelassen.

Der Gemeinderat selbst favorisiert die Variante «oberirdisch». Diese erlaube es, das Zentrum und die Forchstrasse aufzuwerten.

Seiner Mitteilung hat der Gemeinderat zwei Visualisierungen der beiden Varianten angehängt. Die Bilder stossen bei Oesch auf Kritik: Die möglichen Konsequenzen für das Dorfzentrum würden einseitig und überzeichnet dargestellt, Auswirkungen auf andere Ortsteile hingegen nicht gezeigt. Der Gemeinderat greife so in unzulässiger Weise in die freie Meinungsbildung der Stimmbürger ein.

Weiter kritisiert Oesch die Tatsache, dass der Gemeinderat mehrmals die Namen der jeweiligen Varianten geändert habe. Die Variante «oberirdisch» sei früher zum Beispiel als «Span» bezeichnet worden, die Variante «Zentrum» als Variante «Null» oder «Null plus». Die ständigen Namenswechsel wür-

den die Bevölkerung verunsichern.

## «Abstimmungsinhalt unklar»

Vor allem aber stört sich Oesch am Zeitplan des Gemeinderats: Am 28. August, also einen Monat vor der Abstimmung, führt dieser eine Informationsveranstaltung durch. «Gleichzeitig werden die Abstimmungsunterlagen per Post zugestellt», so Oesch. Damit den Stimmbürgern eine Meinungsbildung möglich sei, sei mehr Zeit erforderlich. Schliesslich sei der Entscheid zur Verkehrsführung in Egg «zukunftsweisend für die Ortsentwicklung».

Gemäss Oesch gehe aus der Medienmitteilung auch nicht hervor, ob über die jeweiligen Planungs- oder Baukredite abgestimmt werde oder ob die Abstimmung rein konsultativen Charakter habe. Auch das Abstimmungsverfahren sei unklar. Eine Kampagnenplanung sei auf-

grund der Unklarheit über das Abstimmungsverfahren und die Inhalte nicht möglich. Der Gemeinderat sei vom Bezirksrat deshalb anzuweisen, die Abstimmung zu verschieben.

## Auch SP will Verschiebung

Derselben Meinung wie Sergio Oesch ist die Egger SP. In einer Medienmitteilung verlangt auch sie vom Gemeinderat, die Abstimmung zu verschieben. Es sei nicht nachvollziehbar, weshalb diese nun derart eile. Die Gemeinde plane in dieser Angelegenheit seit Langem, das Bundesamt für Verkehr habe einen Variantenentscheid erst per Ende 2014 verlangt. «Der Gemeinderat tritt durch sein Vorgehen die Demokratie mit Füssen», so die SP weiter.

Gemeindeschreiber Tobias Zebrobin sagte auf Anfrage, dass sich der Gemeinderat nicht zu einem laufenden Verfahren äussern werde. Benjamin Rothschild

# Gemeinderat soll organisieren

**DÜBENDORF** Am 11. März 1974 wurde Willy Brügger (SVP/BGB) zum ersten Präsidenten des Dübendorfer Parlaments gewählt. Zuvor hatte man am 25. Februar mit Wurst, Brot und Bier die letzte Gemeindeversammlung begangen. So steht es in der Chronik des Heimatbuchs 1974. Das bedeutet also, dass das Parlament heuer ein Jubiläum zu feiern hat: 40 Jahre Stadtparlament Dübendorf. Das ist für Gemeinderat Rolf Biggels (FDP) Grund genug, diesen runden Geburtstag «etwas aus dem Alltag hervorzuheben», wie er in einer schriftlichen Anfrage an den Stadtrat schreibt. Dieser ist ganz Biggels Meinung. Allerdings seien entsprechende Aktivitäten in der Verantwortung der Legislative. Der Stadtrat erachte es als Aufgabe des Büros des Gemeinderats, sich mit dem Jubiläum des Parlaments auseinanderzusetzen, heisst es in der Antwort auf Biggels Anfrage. zo



Freitag, 18. Juli 2014, 10:44

**Kanton stoppt Planung**

# Unterführungsprojekt in Uster gefährdet

Freitag, 18. Juli 2014, 10:44

Die Stadt Uster kann die Unterführung nicht weiter planen, die sie im Auftrag des Stimmvolks planen muss. Der Regierungsrat tritt ihr die dafür nötigen Kompetenzen nicht ab.

*rib.* Vor knapp zwei Jahren sagte die Ustermer Stimmbevölkerung Ja zu einer Initiative, die verlangt, dass die Bahnlinie an der Winterthurerstrasse mit einer Unterführung gequert wird. Bis jetzt wird die Linie oberirdisch überquert. Und wegen des dichten S-Bahn-Fahrplans sind die Barrieren oft geschlossen, was zu hohen Wartezeiten und im Stadtzentrum zu einer grossen Verkehrsbelastung führt.

## Planung wider Willen

Nach dem Auftrag des Stimmvolks musste der Stadtrat mit der Planung beginnen. Das tat er widerwillig. Im Abstimmungskampf hatte er sich gegen das Projekt ausgesprochen, das er als «24 Millionen teuren, finanzpolitischen Irrsinn» bezeichnete. Denn ebenfalls vor zwei Jahren genehmigte der Kantonsrat für das Strassenprojekt «Uster West» 21 Millionen Franken. Dieses sieht für die Querung der Bahnlinie eine Überführung vor.

Damit eine Gemeinde ein Projekt für eine Kantonsstrasse planen kann, muss der Kanton seine hoheitlichen Rechte an sie abtreten. Und das will der Regierungsrat in diesem Fall nicht tun. Am 9. Juni hat er entschieden, dass Uster keine Bewilligung erhält, um die Planung weiterzuführen. Die Unterführung, so begründet die Regierung ihren den Entscheid, stehe in klarer Konkurrenz zum Projekt «Uster West». Und eine Umsetzung beider Projekte falle ausser Betracht.

## «Uster West» rasch realisieren

Der Stadtrat hat das Nein aus Zürich erwartet. Er teilte am Donnerstag mit, die Haltung des Kantons sei aus seiner Sicht nachvollziehbar. Nun gelte es, die Staatsstrasse «Uster West» rasch so zu realisieren, wie sie im kantonalen Richtplan eingetragen sei. Laut der Baudirektion kann mit dem Bau von «Uster West» frühestens im Herbst 2015 begonnen werden. Gegen das Projekt sind zwölf Einsprachen hängig. Falls einzelne davon weitergezogen werden, könnte sich die Realisierung um Jahre verzögern. Nach den Sommerferien will der Ustermer Stadtrat bekanntgeben, wie es weitergehen soll.



## MEHR ZUM THEMA

---

### Seilziehen um kantonales Strassenprojekt **Vabanquespiel um Uster West**

13. Juni 2013, 06:00

### Zürcher Kantonsrat **Strasse Uster West nimmt politische Hürde**

22. Oktober 2012, 16:32

---

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTES SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.

# Regierungsrat kritisiert

**USTER** Zum regierungsrätlichen Entscheid, der Stadt Uster die Planungshoheit für die Unterführung Winterthurerstrasse zu verweigern, findet der Verein Lebensqualität Uster West (VLUW) markige Worte: «Der Zürcher Regierungsrat setzt weiter prioritär auf das absurde Projekt «Strasse Uster West», hält sich aber die Option offen, stattdessen die Unterführung Winterthurerstrasse in Uster zu bauen. Einerseits untergräbt er damit den lokalen Volkswillen – andererseits blockiert er auf Jahre hinaus pragmatische Lösungen für Uster.» Die Verweigerung wird vom VLUW als Plan B, falls «Uster West» nicht realisiert werden kann, interpretiert.

Weiter meldet der Verein, dass er gestützt auf ein aktuelles Naturschutzgutachten Rekurs gegen die Schutzverordnung Brandschänkiriet eingereicht habe. «Die Strasse Uster West tangiert wertvolle Moorlebensräume und wird gemäss neuen Erkenntnissen immer unwahrscheinlicher», ist der VLUW überzeugt. 20

# Noch ein Rekurs gegen «Uster West»

*Anwohner und Umweltverbände wehren sich gegen Strassenplanung*

rib. · Letzte Woche verweigerte der Regierungsrat der Stadt Uster die Kompetenz zur weiteren Planung der Unterführung Winterthurerstrasse. Den Auftrag für die Planung erhielt der Ustermer Stadtrat vor zwei Jahren durch einen Volksentscheid. Der Stadtrat selber hatte im Vorfeld der Abstimmung deutlich gemacht, dass er das Projekt als nicht sinnvoll erachtet. Er setzt ebenso wie der Regierungsrat auf das Projekt «Uster West». Dieses sieht vor, die durch Uster verlaufende Bahnlinie mit einer Überführung zu queren.

Gegen «Uster West» sind aber zahlreiche Einsprachen hängig. Und nun kommt eine weitere dazu. Der Verein Lebensqualität Uster West (Vluw) hat am Dienstag bekanntgegeben, dass er gemeinsam mit Umweltverbänden und Anwohnern gegen die Schutzverordnung für das Brandschänkiried rekur-

riert. Die Verordnung ist Grundlage dafür, dass im Gebiet des Flachmoors gebaut werden darf. Ein Naturschutzgutachten zeigt laut dem Vluw, dass die vom Regierungsrat erlassene Schutzverordnung für das Ried, das zu einer national geschützten Moorlandschaft gehört, mangelhaft und willkürlich sei.

Ob «Uster West» je realisiert werde, sei also höchst unsicher, sagt Martin Zürri vom Vorstand des Vluw. Mit seinem Vorgehen bei der Planung der Unterführung zeige der Regierungsrat zudem, dass er nicht sicher sei, ob «Uster West» umgesetzt werde. Indem sie die Übertragung der Planungsrechte verweigere, behalte die Regierung einen Plan B in der Hand. Vor allem aber torpediere sie den Willen des Ustermer Souveräns und zementiere die Planungsblockade um den Bau eines dringend nötigen niveaufreien Bahnübergangs.



# Weiterzug ans Verwaltungsgericht gefordert

**USTER** Das Initiativkomitee **Pro Unterführung Winterthurerstrasse bezieht Stellung, zum Beschluss des Regierungsrats der Stadt Uster die Planungshoheit für die Unterführung an der Winterthurerstrasse zu verwehren.**

Der Entscheid des Regierungsrats traf die Befürworter der Unterführung Winterthurerstrasse hart. Der Kanton entzieht der Stadt Uster das Recht, die Planungsarbeiten fortzusetzen (wir berichteten). Und dies, obwohl das Stimmvolk Ende 2012 mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 60 Prozent für diese Planung votierte. An vorderster Front für die Unterführung kämpfen die beiden BPU-Gemeinderäte Paul

Stopper und Werner Kessler. Schon als der Entscheid des Regierungsrats bekannt wurde, fanden sie wenig schmeichelhafte Worte für dessen Vorgehen.

## **Dürftig begründeter Entscheid**

Nun beziehen sie im Namen des Initiativkomitees Unterführung Winterthurerstrasse schriftlich Stellung zum Entscheid. Darin weisen sie auf den Text der Initiative hin, worin die Stadt Uster beauftragt wird, in oberster Priorität zusammen mit den nötigen Stellen «unabhängig einer allfälligen Strasse Uster West, die Unterführung zu erstellen».

In seiner Begründung hatte der Regierungsrat ausgeführt, dass die Unterführung in direkter Konkurrenz zur Strasse

Uster West stehe. Für die Ablehnung beruft er sich dabei auf einen Artikel im Strassengesetz, dass die Wahrnehmung überkommunaler Interessen gesichert bleiben muss. «Inwiefern diese überkommunalen Interessen mit einer Unterführung Winterthurerstrasse nicht gesichert sein sollen, legt der Regierungsrat in seinem äusserst dürftig begründeten Entscheid nicht dar», findet das Initiativkomitee klare Worte.

Dass es der Regierungsrat für undenkbar beurteilt, beide Strassenprojekte zu verwirklichen, und dass für die Unterführung kein öffentliches Interesse bestehe, wollen die Unterführungsbefürworter so nicht gelten lassen. Sehr wohl bestehe ein öffentliches Interesse, was das

eindeutige Abstimmungsresultat beweise. «Es stellt sich nun die Frage, wer das sogenannte «öffentliche Interesse» festlegt. Der Regierungsrat oder das Volk?», schreiben sie weiter.

## **Aussergewöhnlich schnelle Bearbeitung**

Überrascht war das Initiativkomitee, dass die kantonale Exekutive lediglich einen Monat brauchte, um das Gesuch Usters abschlägig zu beantworten. Als Gegenbeispiel führen Stopper und Kessler an, dass es 20 Jahre gedauert hätte, bis der Regierungsrat die Pufferzone im Glatten-, Werriker- und Brandschänkiriet festgelegt habe. Eine Pufferzone, die Auswirkung auf das Strassenprojekt Uster West hat.

Für das Initiativkomitee ist klar, dass der Stadtrat den Entscheid ans Verwaltungsgericht des Kantons Zürich weiterziehen müsse. «Aufgrund des deutlichen Volksentscheids in Uster ist der Stadtrat verpflichtet, den rein politisch und nicht fachlich begründeten Regierungsratsentscheid weiterzuziehen», fordert es unmissverständlich.

Der Stadtrat hat nach dem Entscheid des Regierungsrats 30 Tage Zeit, den Fall weiterzuziehen. Er ist in der verzwickten Situation einerseits einen Volksentscheid zu haben der andererseits von kantonaler Seite gestoppt wurde. Über das weitere Vorgehen, wie die Initiative umgesetzt werden soll, will er nach den Sommerferien informieren.

*Christian Brüttsch*

# «Uster West» auf Umwegen

Der fürs nächste Jahr geplante Baustart der Umfahrung Uster verzögert sich. Der Rechtsstreit um die Abgrenzung zu einem Moorgebiet ist noch nicht abgeschlossen.



So könnte die Umfahrung dereinst aussehen: Visualisierung des Bauprojekts. Bild: Visualisierung: PD

Die Baudirektion wartet mit dem Antrag an den Regierungsrat für die Festsetzung des Strassenprojektes, bis die umstrittenen Umweltfragen geklärt sind, wie sie am Montag mitteilte.

Geplant war die Projektfestsetzung in diesem Herbst und der Baubeginn der 1150 Meter langen Strasse mit einem 470 Meter langen Überführungsbauwerk über die SBB-Linie im nächsten Jahr.

## Schutz eines Moors von nationaler Bedeutung

Im Zusammenhang mit dem Umfahrungsprojekt wurde im Frühjahr 2014 der Schutz des Werriker- und Glattenriets sowie der Brandschänki, einem Flachmoor von nationaler Bedeutung, revidiert. Im Sommer setzte die Baudirektion dann die geänderte Schutzverordnung fest. Dagegen gingen drei Rekurse ein. Der Regierungsrat muss nun in erster Rekursinstanz darüber entscheiden.

Der Regierungsrat werde das Projekt «Uster West» nicht festsetzen, bevor mehr Klarheit über die angefochtenen Moorschutzmassnahmen der Schutzverordnung herrscht, heisst es in der Mitteilung.

Die Baudirektion ist überzeugt, dass mit dem Strassenprojekt «der bestmögliche Ausgleich gefunden wurde zwischen den Anliegen des Naturschutzes und dem Bedürfnis eines besseren Verkehrsflusses». Sie erachtet es für bewilligungsfähig.

## Projektanpassung nach Ja zur Kulturlandinitiative

Am 22. Oktober 2012 bewilligte der Zürcher Kantonsrat einen Kredit von 21

29.09.2014

### Stichworte

[Bauprojekt](#)

[Regierungsrat Zürich](#)

[Zürcher Baudirektion](#)

### Artikel zum Thema

#### Uster West mit einer Etappierung retten

Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat die Vorlage Uster West zurückgezogen. Er will eine neue Version vorlegen. Den Ustermer Stadtrat freuts. [Mehr...](#)

Von Eduard Gautschi 16.04.2009

#### Beratung über Uster West sistiert

Das Strassenprojekt Uster West verzögert sich. Das Geschäft wurde durch die Baudirektion sistiert. Offenbar besteht Uneinigkeit bei den Ämtern bezüglich Umweltschutz. [Mehr...](#)

Von Eduard Gautschi 18.03.2009

### Die Redaktion auf Twitter

Stets informiert und aktuell. Folgen Sie uns auf dem Kurznachrichtendienst.

[@tagesanzeiger folgen](#)



Millionen Franken für das Projekt «Uster West». Mit der Umfahrung soll das Ustermer Stadtzentrum vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Zudem könnten dadurch Rückstaus an zwei Bahnübergängen vermieden werden, schreibt die Baudirektion.

Nach der Annahme der Kulturlandinitiative überarbeitete das kantonale Tiefbauamt das Projekt und verlegte den Anschluss der neuen Strasse an die Winterthurerstrasse. Diese Anpassung habe eine Reihe von Verbesserungen für den Natur- und Landschaftsschutz sowie für die Landwirtschaft gebracht, ohne dass die Leistungsfähigkeit des Strassenprojektes darunter leide, heisst es in der Mitteilung.

Das Naturschutzgebiet Werrikerriet werde noch weiter umfahren und das Amphibienschutzgebiet von nationaler Bedeutung werde nicht mehr tangiert. Zudem würden keine Fruchtfolgefleichen mehr beansprucht. Einige Einwendungen von Verbänden und von der Natur- und Heimatschutzkommission seien berücksichtigt worden.

### **Bei 6 von 12 Einsprachen Einigung erzielt**

Gegen das im Frühling 2013 öffentlich aufgelegte Projekt gingen 12 Einsprachen ein. Mit sechs Einsprechenden sei eine Einigung erzielt worden, schreibt die Baudirektion. Über die restlichen Einsprachen muss der Regierungsrat als Entscheidungsinstanz bei der Projektfestsetzung befinden.

Die Stimmberechtigten von Uster hatten 2012 ihren Stadtrat beauftragt, eine Unterführung Winterthurerstrasse zu planen. Der Kanton Zürich erlaubte dies allerdings nicht. Die Bahnunterführung stehe in Konkurrenz zum kantonalen Projekt «Uster West».

Nach dem Bau von «Uster West» soll die Winterthurerstrasse, die die Bahnlinie mit einem Niveauübergang quert, zur Gemeindestrasse abklassiert werden. Erst dann hat die Stadt Uster die Kompetenz, eine Unterführung zu projektieren. (tif/sda)

(Erstellt: 29.09.2014, 12:03 Uhr)



# Anzeiger von Uster

**ZRZ**  
Zürcher Regionalzeitungen

Redaktion 044 933 33 33, redaktion@zol.ch  
Abo-Service 044 933 32 05, abo@zol.ch  
Inserate 044 933 32 04, inserate@zol.ch  
AZ 8620 Wetzikon

Die Tageszeitung des Bezirks Uster

## VOLLER ELAN

### Neuer Pächter in der «Blume» in Fischenthal

Morgen feiert Fausto Baggenstos die Neueröffnung des Gasthauses Blume in Fischenthal. Für das Traditionshaus schmiedet er bereits viele Pläne. **SEITE 7**



## GEBÄUDE EVAKUIERT

### Grossaufgebot nach Chemieunfall

Bei der Elektronikfirma Elma in Wetzikon lief gestern eine Flüssigkeit aus. Die entstandenen Dämpfe mussten ausgeblasen werden. **SEITE 2**

## ERNSTHAFT ERKRANKT

### Jörg Schneider tritt nie mehr auf

Der Gesundheitszustand von Jörg Schneider hat sich verschlechtert. Der Schauspieler aus Wetzikon muss seine Abschiedstournee absagen. **SEITE 7**

ANZEIGE

458239

**Prüfungsvorbereitungskurse**  
(Gymi, BMS, FMS, HMS)

**Nachhilfe auf allen Stufen**

044 933 90 90  
www.iww.ch

IWW AG  
8620 Wetzikon  
seit über 35 Jahren

Die staatlich bewilligte Privatschule

# Uster West verzögert sich

**USTER** Die Umfahrung Uster West verzögert sich wegen eines Rechtsstreits um die Abgrenzung zum nahen Moorgebiet. Die Baudirektion wartet mit dem Antrag an den Regierungsrat für die Festsetzung des Strassenprojekts, bis die umstrittenen Umweltfragen geklärt sind.

Eigentlich hätte das Projekt für die schon lange umstrittene Umfahrung Uster West in der Loren in diesem Herbst festgesetzt werden sollen. Der Bau beginnt der 1150 Meter langen Strasse mit einer 470 Meter langen Überführung über die SBB-Linie wäre für nächstes Jahr terminiert gewesen.

### Drei Rekurse hängig

Doch nun gibt es eine weitere Verzögerung, von unbestimmter Dauer, wie Thomas Maag, Mediensprecher der Baudirektion,

erklärte. Im Zusammenhang mit dem Umfahrungsprojekt wurde in diesem Frühjahr der Schutz des Werriker- und des Glattentrieds sowie der Brandschänki, eines Flachmoors von nationaler Bedeutung, revidiert. Im Sommer setzte die Baudirektion dann die geänderte Schutzverordnung fest. Dagegen gingen drei Rekurse ein. Der Regierungsrat muss nun als erste Rekursinstanz über diese entscheiden. Er werde das Projekt «Uster West» nicht festsetzen, bevor mehr Klarheit über die angefochtenen Moorschutz-

massnahmen der Schutzverordnung herrschten, teilte die Baudirektion gestern mit.

Die Baudirektion ist überzeugt, dass mit dem jetzigen Strassenprojekt «der bestmögliche Ausgleich gefunden wurde zwischen den Anliegen des Naturschutzes und dem Bedürfnis eines besseren Verkehrsflusses».

### Projekt wurde überarbeitet

Am 22. Oktober 2012 bewilligte der Zürcher Kantonsrat einen Kredit von 21 Millionen Franken für das Projekt «Uster West». Mit der Umfahrung soll das Ustermer Stadtzentrum vom Durchgangsverkehr entlastet werden, zudem sollen Rückstaus an zwei Bahnübergängen vermieden werden.

Nach der Annahme der Kulturlandinitiative überarbeitete das kantonale Tiefbauamt das Projekt und verlegte den Anschluss der neuen Strasse an die Winterthurerstrasse. Diese Anpassung brachte gemäss Baudirektion nicht nur eine kürzere Neubaustrecke, sondern auch eine Reihe von Verbesserungen für den Natur- und Landschaftsschutz sowie für die Landwirtschaft.

Mit der 2013 festgelegten neuen Linienführung wird das Naturschutzgebiet Werrikerried noch weiter umfahren, und das Amphibienschutzgebiet von nationaler Bedeutung wird nicht mehr tangiert. Auch werden keine Fruchtfolgeflächen mehr beansprucht. **cb SEITE 3**

## Kidsfestival für den Teamsport

**VOLKETSWIL** Am Sonntag fand auf dem Griespark in Volketswil zum 100. Mal das Kidsfestival des Schweizerischen Fussballverbands statt. Den 320 Kindern im Alter zwischen vier und zehn Jahren, die auf dem Spielfeld dem Ball hinterherjagten, folgten die Blicke von rund 500 Zuschauern. Bei den Spielen ging es jedoch nicht in erster Linie um den Sieg, sondern um die Förderung von Fairness und Teamsport. «Es geht um den Breitensport, da gibt es für jeden einen Platz», sagt Reto Fluri vom Schweizerischen Fussballverband. Der Kidscup wird bis zu zehnmal pro Jahr durchgeführt. Volketswil wurde als Austragungsort gewählt, da die Infrastruktur genügend Platz bietet und auf dem Kunstrasen bei jedem Wetter gespielt werden kann. **z SEITE 5**

## Die Bevölkerung wächst weiter

**BERN** Insgesamt haben sich im letzten Jahr 167'200 Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz neu niedergelassen. Gleichzeitig sind 78'000 ausgewandert. Unter dem Strich lebten Ende 2013 rund 89'000 mehr Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz als im Jahr zuvor. Das zeigen die gestern veröffentlichten definitiven Zahlen des Bundesamts für Statistik.

Am höchsten war die Einwanderung aus Deutschland. 2013 haben sich 26'400 Deutsche in der Schweiz neu niedergelassen. 15'900 Deutsche sind aber gleichzeitig auch wieder ausgewandert. Das gibt total einen Zuwachs von 10'500 deutschen Staatsangehörigen. Einen grösseren Zuwachs hatten die Portugiesen. Während 20'000 eingewandert sind, haben «nur» 4'900 das Land verlassen. **ma SEITE 21**



Umstrittene Moorgrenzen: Die geplante Umfahrungsstrasse Uster West soll das Flachmoor in der Brandschänki nicht beeinträchtigen. David Kundig

## Führer zu 22 Kunst-am-Bau-Objekten

**USTER** Mit einer Exkursion wurde eine neue Broschüre eingeweiht, die Kunst am Bau beleuchtet.

Uster hat in der Disziplin Kunst am Bau viel zu bieten. Dies wurde anhand einer Exkursion zu entsprechenden Objekten in Uster und Umgebung deutlich. Interessierte konnten am letzten Samstag unter Anleitung von diversen Experten viel Hintergrundinformationen nachlesen. **zo SEITE 11**

Die Werke sind als Teil einer Überbauung definiert und stehen teilweise seit Jahrzehnten an ihrem Standort. Bekanntestes Beispiel ist wohl die Skulptur von Max Bill neben dem Ustermer Stadthaus.

Die Kunst- und Kulturkommission von Uster hat zudem einen Kunstführer produziert, mit dem Interessierte jederzeit selbst die Objekte besuchen können und die entsprechenden Hintergrundinformationen nachlesen können. **zo SEITE 11**

## Wenn der Pöstler nachmittags klingelt

**BERN** Um Vollzeitstellen von Briefträgern zu retten, wollen Gewerkschaften eine spätere Zustellzeit der Post.

Die Gewerkschaften fordern eine Verlängerung des Zustellschlusses der Briefpost bis in die Nachmittagsstunden hinein. So, wie es beispielsweise in Deutschland oder in den USA schon lange die Regel ist. Damit wollen sie verhindern, dass der Beruf des Pöstlers vollends zum Teilzeitjob verkommt. Vor allem durch

die zusätzliche Automatisierung in den Vorarbeiten nehme das Arbeitsvolumen laufend ab. Ein Teil der Haushalte müsste somit länger auf den Briefträger warten.

In Tests kam das bei Postkunden schlecht an. Die Post hat deshalb entschieden, Postsendungen für alle Kunden weiterhin bis in die Mittagsstunden zuzustellen, obwohl es dafür keine gesetzliche Vorschrift gibt. Doch die Gewerkschaften bleiben hartnäckig. **jo SEITEN 18 UND 19**

ANZEIGE

459032

**neue SPINNEREI**  
Restaurant & Bar

**Wilde Zeiten**

Zürichstrasse 17 • 8607 Aathal-Seegräben  
Telefon 044 972 22 88  
www.neue-spinnerei.ch

## Angriff war Mordversuch

**ILLNAU-EFFRETIKON** Der vorerst völlig unerklärliche nächtliche Angriff auf einen Spaziergänger Anfang 2013 in Illnau-Effretikon hätte mit dem Tod des Manns enden sollen. Dies zeigt die nun in dem Fall eingereichte Anklage gegen drei Personen, die auf versuchten Mord lautete.

Aussergewöhnlich: Eine der Angeklagten ist die Ehefrau des Spaziergängers. Bei den weiteren Beschuldigten handelt es sich gemäss zuständigem Staatsanwalt um zwei Brüder, die offenbar den Mann hätten umbringen sollen. Als Anstifterin der Tat wird die Ehefrau vermutet, die mit einem der Brüder ein Verhältnis hatte. **ehi SEITE 2**

## INSERATE

Rubriken	
■ Amtliche Anzeigen	8
■ Immobilienmarkt	10
■ Todesanzeigen	22
■ Veranstaltungen	10



ANZEIGE

**Sichtbare Qualität**

Malergeschäft · Bodenbeläge  
Farbberatung · Fassade  
Gerüstbau · Spritzwerk  
Ablaugerei · Schriften

**HINTERMANN**

Huebstrasse 13, 8633 Wolfhausen  
Tel. 055 243 10 19, Fax 055 243 10 91  
www.hintermann-wolfhausen.ch

# Rechtsstreit um Moorgrenzen

**USTER Die kantonale Baudirektion gab gestern bekannt, dass sich die Projektfestsetzung für die Umfahrung Uster West verzögert. Grund dafür sind Einsprachen gegen die Festsetzung der geänderten Schutzverordnung für das Gebiet Werriker-/Glattenriet und Brandschänki.**

Im Juni dieses Jahres verfügte die Baudirektion über die angepasste Verordnung über den Schutz von Natur- und Landschaftsschutzgebieten. Davon betroffen war Uster, wo im Gebiet Loren neue Naturschutzzonen eingetragen wurden. Diese entsprechen denjenigen, welche im Gestaltungsplan Loren aus dem Jahr 2000 bereits festgehalten sind und als «faktisch gesichert» galten. Der Kanton wies bei der öffentlichen Auflage im vergangenen Januar ab, dass diese Eintragungen nichts mit dem Strassenprojekt «Uster West» zu tun hätten. Der Zeitpunkt sei im Grund rein zufällig. Man habe Versäumnisse nachholen wollen, und das durch den Gestaltungsplan geschützte Gebiet Loren sei nicht erste Priorität gewesen.

Schon damals meldeten sich die Gegner der Strasse Uster West zu Wort und bezichtigten den Regierungsrat, sich eines Taschenspielertricks zu bedienen, um die Schutzverordnung dem Strassenprojekt anzupassen. Umgehend wurden Rekurse gegen die Verordnung eingereicht.

## Regierungsrat im Clinch

Gemäss der gestrigen Medienmitteilung der Baudirektion scheint nun doch ein Zusammenhang zwischen der Schutzverordnung und der Umfahrungsstrasse Uster West zu bestehen. Sie gibt nämlich bekannt, dass sich die auf Herbst geplante Projektfestsetzung beim Strassenprojekt verzögere. Als Grund werden die drei Einsprachen gegen die Schutzverordnung angegeben.

Verkompliziert wird die Angelegenheit dadurch, dass der Regierungsrat bei der Schutzverordnung die Rekursinstanz ist. Die Verordnung selber wurde von der Fachstelle Naturschutz erstellt und von der Baudirektion verfügt. Beim Strassenprojekt ist der Regierungsrat Entscheidungsinstanz. Das heisst, er ist – auf Antrag der Baudirektion – für die Festsetzung des Projekts zuständig. Es macht nun den Anschein, dass sich der Regierungsrat selber ausbremst.

«Es macht Sinn, wenn der Regierungsrat zuerst die Rekurse gegen die Schutzverordnung behandelt», erklärt Thomas Maag, Mediensprecher der Baudirektion. Es bestehe ein räumlicher Zusammenhang zwischen Moor und Pufferzonen einerseits und dem Strassenprojekt andererseits. Der genaue Verlauf dieser Grenze sei für das Umfahrungsprojekt von grundlegender Bedeutung, schreibt die Baudirektion in der gestern veröffentlichten Medienmitteilung.

## Vorläufig sistiert

Die Gegner des Strassenprojekts wittern Morgenluft. Der Verein Lebensqualität Uster West

(VLUW) begrüsst den Schritt der Regierung, «da damit den Forderungen des VLUW vollumfänglich entsprochen wird». Sie sind nach wie vor davon überzeugt, dass der Moorschutz «zuletzt zugunsten der umstrittenen Linienführung von Strasse Uster West hätte reduziert werden sollen». Und weiter schreiben sie: «Faktisch ist das Projekt «Strasse Uster West» damit zumindest vorläufig sistiert, da sich die Fortsetzung des Projekts noch auf unbestimmte Zeit verzögern wird.»

Auf Nachfrage bei der Baudirektion will sich Mediensprecher Thomas Maag terminlich nicht festlegen. Aus Erfahrung dauere ein Rekursverfahren ungefähr ein halbes Jahr. Aber dann sei noch nicht klar, ob das Verfahren ans Verwaltungs- und vielleicht ans Bundesgericht weitergezogen werde.

Sind die Rekurse um die Schutzverordnung vom Regierungsrat behandelt, wird die Baudirektion den Antrag auf Festsetzung der Strasse Uster West stellen. Und auch hier besteht die Möglichkeit, Rechtsmittel beim Verwaltungs- respektive, bei einem Weiterzug, beim Bundesgericht zu ergreifen.

Dass es so weit kommen könnte, ist durchaus möglich, da bei der öffentlichen Planaufgabe bereits zwölf Einsprachen eingingen. Sechs dieser Rekurse konnten mittlerweile bereinigt werden. «Über die restlichen Einsprachen muss der Regierungsrat als Entscheidungsinstanz bei der Projektfestsetzung befinden», sagt Maag.

## Einwendung gegen Richtplan

Nun wird neben der Schutzverordnung und dem Strassenpro-

jekt ein neuer Kampfplatz um «Uster West» eröffnet. Die Gesellschaft für Natur und Vogelschutz Uster (GNVU) hat beim Amt für Raumentwicklung Einwendungen zur Teilrevision des kantonalen Richtplans eingereicht. Die drei Anträge der Gesellschaft lauten: Die geplante Strasse Uster West sei ersatzlos zu streichen; die Winterthurer-/Berchtoldstrasse sei als kantonale Strasse beizubehalten (keine Abklassierung); als Ersatz für den Barrierenübergang Winterthurerstrasse sei im Trasse der kantonalen Winterthurerstrasse eine geplante Strassenunterführung einzutragen respektive festzusetzen.

Aber gegen die Planung dieser Unterführung, deren Projektierung 2012 die Stimmbekämpfung wünschte, hat sich der Regierungsrat unlängst gestellt. Er verweigerte der Stadt die Pla-

nungshoheit auf der Kantonsstrasse (wir berichteten). Als Begründung wurde angegeben, dass die Unterführung die Strasse Uster West konkurrenzieren. Nach dem Plan des Kantons soll zuerst die Strasse Uster West gebaut werden. Dann würde die Winterthurerstrasse zu einer kommunalen Strasse abklassiert. Und erst dann könnte die Stadt Uster mit der Planung einer Unterführung Winterthurerstrasse beginnen.

Eines stellt die Baudirektion trotz vorläufiger Verzögerung in ihrer Medienmitteilung klar: «Die Baudirektion ist überzeugt, dass mit dem Projekt «Uster West» der bestmögliche Ausgleich gefunden wurde zwischen Anliegen des Naturschutzes und dem Bedürfnis eines besseren Verkehrsflusses und dass das Projekt bewilligungsfähig ist.»

Christian Brüttsch



**Pufferzone Loren:** Das Gebiet entlang den KMU-Boxen dient als Pufferzone – aber die Grenzfestlegung gibt zu Diskussionen Anlass.

Christian Brüttsch

# Diebe, Betrüger und Hundekacke in Prenzlau

Es geht kriminell zu und her in Prenzlau – der Partnerstadt Usters in der deutschen Uckermark –, denn diverse Querulanten treiben in letzter Zeit ihr Unwesen und verursachen Ärger. Über das Transportieren von Diebesgut, einer rasanten Flucht vor der Polizei, der Abzocke unwissender Prenzlauer oder das Verursachen von Schmierereien, die zum Himmel stinken – Prenzlauer Ordnungshüter sind ganz schön auf Trab.

## Prenzlauer Wochenschau

Der ZO/AvU berichtet aus Usters Partnerstadt Prenzlau (De).

**Es geschah am** Mittwoch letzter Woche, als die Prenzlauer Polizei am frühen Morgen einen Kleintransporter zur Kontrolle anhält und abgesehen von den beiden Insassen auch 15 neuwertige Reifensätze im Kofferraum

fanden. Die Ware hätten sie gerade eben in den Niederlanden gekauft, habe der Fahrer erklärt. Dies war jedoch gemäss den Polizisten vor Ort eine schlechte Ausrede – die Reifen waren nämlich noch nass und teilweise mit Erde behaftet.

Die beiden Insassen befanden sich zudem auf der Heimreise nach Polen. Für eine solche Reise seien sie «nicht gerade proviantmässig ausgestattet» gewesen, hiess es seitens der Ordnungshüter – ab ging es also auf das Revier.

Kurz darauf erriet ein weiterer Transporter ins Visier der Polizei. Der Fahrer desselben – offensichtlich erschrocken durch die Polizeipräsenz – raste mit einer solch stark überhöhten Geschwindigkeit davon, dass er die ihm folgenden Streifenwagen gar abzuschütteln vermochte. Auch die daraufhin erfolgte Suche mit einem Hubschrauber blieb erfolglos. Beide Transporter lauteten auf denselben Fahrzeughal-

ter, stellte die Polizei später fest. Die Ermittlungen laufen nun weiter.

**Opfer von solchen** Böswilligkeiten sind jedoch nicht nur Prenzlauer Polizisten. Mitten im Stadtkern warben Vertreter einer Verlagsfirma an einem Stand mit Gutscheinen für Reisen, Autos, und sonstige tolle Dinge – all dies gewinnbar durch Hinterlassen der eigenen Unterschrift.

Der Prenzlauer Patrick Ulrich wollte sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen und unterschrieb – erst später merkte er, dass er übers Ohr gehauen wurde: Er hatte auf einem Durchschlag unterschrieben – das Doppel seiner Unterschrift prangte also auch auf einem anderen Papier.

So hatte er, ohne es zu wissen und ohne von den Vertretern darauf hingewiesen worden zu sein, gleichzeitig auch für das Zustellen mehrerer Zeitschriften unterschrieben – gegen Ge-

bühr. Eine Rechnung von 102 Euro lag wenige Tage später in seinem Briefkasten.

Inzwischen hat Patrick Ulrich Widerspruch gegen den hinterlistig eingefädelten Deal eingebracht und will gar Anzeige erstatten, denn auch die Verbraucherzentrale Hamburg warnt vor den angeblich «kriminellen Machenschaften» der Verlagsfirma.

**Doch es kommt** noch ekelhafter. In Prenzlau und Umgebung hinterlässt ein Unbekannter seit einigen Wochen eine grausige Spur: Beim Öffnen ihrer Autotüren mussten bereits zahlreiche Prenzlauer angewidert ihre Hand zurückziehen und feststellen, dass diese vollgeschmiert war mit Hundekot.

Erstes Opfer war eine Dame, die ihr Auto auf einem öffentlichen Parkplatz zwischen Deichmann und «McDonald's» parkiert hatte. Bereits zum dritten Mal sei sie in die eklige Falle ge-

tappt, sagte sie später bei der Anzeigenerstattung der Polizei – welche nun wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung ermittelt.

Dieser Vorfall wurde inzwischen jedoch beinahe zur Regelmässigkeit. Ein weiteres Opfer ist Lidl-Mitarbeiterin Simone Dähn. Als sie nach Feierabend an den Türgriff ihres Autos fasste, schlug ihr «ein ekelhafter Gestank» in die Nase. «Da war mir klar, das ist Kacke», sagt Simone Dähn.

Der Täter hatte den Kot ganz gezielt auf der Rückseite des Griffs geschmiert, sodass von vorne nichts zu erkennen war. Von nun an habe sie immer feuchte Tücher dabei, sagt Dähn. Prenzlauer Bürger sind inzwischen jedoch so verärgert, dass sich nun die Kriminalpolizei der Sache annahm und vehement nach dem Täter sucht.

Dominique von Rohr

Quelle: «Uckermark Kurier»

## In Kürze

### USTER Blutspendeaktion im Mehrzwecksaal

Am Donnerstag, 2. Oktober, organisiert der Italienische Verband freiwilliger Blutspender in Zusammenarbeit mit der Stiftung Zürcher Blutspendedienst eine Blutspendeaktion. Sie findet zwischen 17 und 20 Uhr im Mehrzwecksaal Kreuz in Uster statt. Allen Spendern wird ein Teller Spaghetti offeriert. [www.birdlife.ch](http://www.birdlife.ch)

### SCHWERZENBACH/USTER

### Internationaler Zugvogeltag

Am Wochenende vom 4. und 5. Oktober findet der Internationale Zugvogeltag (EuroBirdwatch) 2014 statt. Am Samstag kann von 10.30 bis 15 Uhr der Beobachtungsstand im Schwerzenbacherried besucht werden, am Sonntag von 10 bis 15 Uhr derjenige im Riedkerried in Uster. Mehr Infos unter [www.birdlife.ch](http://www.birdlife.ch)



# Noch eine Warteschleife für die Strasse Uster West

Ein Rechtsstreit um den Perimeter des nahen Naturschutzgebietes verzögert das Projekt voraussichtlich um weitere Jahre

Vor sechseinhalb Jahren lag das Vorprojekt für die Strasse Uster West vor. Heute ist ungewisser denn je, ob die neue Verbindung überhaupt je gebaut wird.

sho. · Eigentlich wollte der Regierungsrat die neue Strasse Uster West in diesem Herbst festsetzen. Das ist jeweils der Moment, ab dem ein Bauprojekt nicht mehr verändert wird und die Frist läuft, um dagegen Rechtsmittel zu ergreifen. Jetzt hat die Baudirektion mitgeteilt, dass eine Verzögerung eintritt. Grund ist ein bereits hängiger Rechtsstreit um die geänderte Schutzverordnung für drei Feuchtgebiete.

## Strasse direkt am Moor

In der Tat besteht ein enger Zusammenhang zur geplanten Strasse. Uster West führt unmittelbar am geschützten Glatten/Werrikerriet vorbei. Das Problem für die Strassenbauer ist die dritte

Feuchtzone, das Brandschänkiriet, das von der Schutzverordnung (SVO) aus dem Jahr 1993 noch nicht erfasst ist. Diese Pendenz wollte der Kanton im Hinblick auf das Strassenprojekt erledigen. Am 11. Juni erliess die Baudirektion eine angepasste Verordnung. Die Kritiker von Uster West haben diese bereits mit einem Rekurs angefochten.

Der Haupteinwand lautet, der Kanton habe den Schutzperimeter so eingeschränkt, dass der Bau des nördlichen Strassenabschnitts möglich bleibe. Um dies zu untermauern, gaben der Verein Lebensqualität Uster West (VLUW) und die Gesellschaft Natur- und Vogelschutz Uster ein Gutachten in Auftrag. Für den Experten weist die geänderte Verordnung «gravierende Mängel» auf. Konkret: Der Perimeter des Flachmoors von nationaler Bedeutung sei etwa 65 Meter zu weit westlich und damit nicht sachgerecht festgelegt worden.

Würde das Schutzgebiet so abgegrenzt, wie von den Kritikern verlangt, könnte die neue Strasse an jener Stelle nicht gebaut werden, zumal noch Puffer-

zonen auszuschneiden sind (siehe Karte). Der Kanton riskiert, was ihm bei der Planung der Oberlandautobahn zum Verhängnis wurde: Dort passte der Bundesrat auf Drängen aus Zürich den Perimeter der Moorlandschaft an die Linienführung der Strasse an – und erlitt 2012 vor dem Bundesgericht Totalschaden.

Die Baudirektion beruft sich auf die Verkürzung der Strasse Uster West vom Frühling 2013. Sie soll nun eher an die

Winterthurerstrasse anschliessen: So werde ein Amphibienlaichgebiet von nationaler Bedeutung nicht mehr tangiert, und Einwendungen von Verbänden sowie der kantonalen Natur- und Heimatschutzkommission hätten berücksichtigt werden können, schreibt sie. Weil weiterhin Rekurse hängig sind, schiebt die Baudirektion die Festsetzung durch den Regierungsrat nun aber auf, bis Klarheit über die angefochtenen Massnahmen zum Moorschutz besteht.

Die Gegner der neuen Strasse begrüssen den Entscheid als zweckmässig und vernünftig. «Besser spät als nie», schreibt der VLUW, endlich werde dem Umweltrecht der erforderliche Stellenwert beigemessen. Und weiter: «Faktisch ist das Projekt Strasse Uster West zumindest vorläufig sistiert, da sich seine Fortsetzung auf unbestimmte Zeit verzögern wird.»

Das Vorhaben hat bereits eine lange Leidensgeschichte. Im Februar 2008 präsentierte der Kanton das Vorprojekt. Eine erste Verzögerung gab es, weil die Regierung die Strasse aus einem nicht

aufgebrauchten Kredit aus den achtziger Jahren für die Sanierung von Bahnübergängen bezahlen wollte. Später wurde die Planung zweimal stark geändert. Die Bewilligung des Kredits von 21 Millionen Franken durch den Kantonsrat 2012 war die geringste Hürde.

## Verzögerung um Jahre

Nun muss erst der Regierungsrat die Schutzverordnung prüfen. Es wird einer der letzten Fälle, wo er in diese Rolle schlüpft; für Direktionsbeschlüsse ab Juli 2014 ist neu das Baurekursgericht erste Instanz. Sofern die Strasse Uster West in den Gerichten nicht Schiffbruch erleidet, wird sich ihr Bau um Jahre verzögern. Billigt die Regierung die Arbeit der Baudirektion, steht den Gegnern der Weg bis an das Bundesgericht offen, den sie zweifellos beschreiten würden. Erst wenn der Kanton in Lausanne gewinnt, was keineswegs sicher ist, kann er die Strasse Uster West festsetzen. Dagegen sind dann erneut Einsprachen durch alle Instanzen zulässig.

Aktuelles Projekt Uster West





Zur Beta-Version der NZZ-Website wechseln

NZZ.CH

Neue Zürcher Zeitung

REGION

19.11.2014, 21:19 Uhr

Kantonales Strassenbauprogramm

# Die Ohnmacht der Strassenplaner

Stefan Hotz 19.11.2014, 21:19 Uhr



Die Umfahrung Ottenbach zweigt knapp vor der inventarisierten Fabrikanlage ab, die Schuppen würden abgerissen. (Bild: Karin Hofer / NZZ)

Derzeit ist im Kanton Zürich keine neue Staatsstrasse in Bau. Die Hürden für solche Vorhaben sind sehr unterschiedlich. Der angestrebte Ausgleich der Interessen legt im Ergebnis alles lahm.

Am Montag vertieft sich der Kantonsrat wie jeden Herbst in [das Bauprogramm der Staatsstrassen](#). Es ist jeweils für keines der politischen Lager ein Quell der Freude. Die links-grüne Seite kritisiert, es enthalte ohnehin zu viele Strassen. Die Bürgerlichen ärgern sich, weil es nicht vorwärtsgeht. Bei kaum einem anderen Thema klaffen Anspruch und Wirklichkeit mehr auseinander. Das fällt heuer besonders auf, hat der Rat im Frühling doch den kantonalen Richtplan revidiert. Er hielt an fast allen darin aufgeführten Strassen fest, auch an solchen, deren Bau nicht einmal in den Sternen steht. Im Plan blieb etwa die äussere Nordumfahrung von Zürich, eine direkte Verbindung zwischen Winterthur und Wettingen. Der Bundesrat schrieb schon 2008 zu diesem Ansinnen, eine Genehmigung sei «aus heutiger Sicht» nicht möglich. Auch der Kanton Aargau lehnt es ab.

## Bund steckt fest

Dabei kommt schon der Ausbau der bestehenden Nordumfahrung auf 6 Spuren nicht vom Fleck. Im Oktober hiess das Bundesgericht Beschwerden gegen die Planung auf der Seite Limmattal gut. Mit dem Auftrag, neben einer Verschiebung des Anschlusses Weiningen auch dessen Aufhebung zu prüfen, pflanzten die Richter einen möglichen Sprengsatz in das Verfahren. Die

Glattalautobahn zwischen Seebach und Brüttisellen, für die Entlastung der A 1 bei Wallisellen, hängt ebenfalls in der Luft. Nach dem Nein zur teureren Autobahnvignette vor einem Jahr ist ihre Finanzierung nicht gesichert. Relativ ungestört verläuft beim Bund die Planung des 4-Spur-Ausbaus Kleinandelfingen–Winterthur (bis 2020) und der Umfahrung Winterthur auf 6 Spuren (bis 2030).



A 4-Zubringer Ottenbach/Obfelden (rot), wie er geplant ist.

1 Kilometer

NZZ-INFOGRAFIK /cke.

Weiter enthält das Strassenbauprogramm kantonale Projekte, die bis Ende 2017 Kosten verursachen – voraussichtlich. Die Angaben des Regierungsrats erfolgen «ohne Gewähr». Gerade in diesem Jahr musste er einige Rückschläge einstecken. Anfang Jahr brach der Kanton die Projektierung der [Umfahrung Eglisau](#) ab, aufgrund von Einwänden der Eidgenössischen Kommission für Natur- und Heimatschutz. Ein anderes ENHK-Gutachten führt zu Anpassungen und Verzögerungen an der [Umfahrung von Grüningen](#). Auf das Verdikt der Kommission zur Westtangente Wetzikon wartet der Kanton noch. [Die Macht der Gutachter](#) führt zur Ohnmacht der Strassenplaner.

### Programm der Ankündigung

Einen Schritt weiter ist der A-4-Zubringer Ottenbach/Obfelden. Doch auch dieses Projekt hat noch Hürden zu nehmen (siehe Beitrag unten). Interessant ist der [Vergleich zur Strasse Uster West](#), die ebenfalls unmittelbar an einem Flachmoor vorbeiführen soll und wo sich der Kanton seit Jahren mit einer hartnäckigen Gegnerschaft aus Naturschützern und Anwohnern herumschlägt. In beiden Fällen ist eine Anpassung der Schutzverordnung für das Flachmoor nötig. In Uster hat der Kanton das Projekt im September zurückgestellt, um zuerst die für das Strassenprojekt entscheidende Frage gerichtlich zu klären – wie weit nämlich der Schutzperimeter reicht. In Ottenbach will er gerade umgekehrt die Verordnung erst anpassen, wenn das Strassenprojekt rechtsgültig ist. Es gibt aber nicht nur Widerstand durch Umweltschützer und Anwohner. Im Frühling strich das Parlament die Umfahrung Fällanden aus dem Richtplan. Damit entfällt die Hälfte der geplanten Verbindung von der Goldküste an die Oberlandautobahn. Das Verkehrsproblem in Fällanden bleibe, kommentiert die Regierung trocken. In Pfäffikon sucht man weiter nach einer Lösung, um die überlastete Hauptachse im Zentrum durch eine zweite Strasse im Siedlungsgebiet zu entlasten. Zeithorizont ist 2030.

Unklar sind die Chancen des Rosengartentunnels (ehemals Waidhaldetunnel) in Zürich Wipkingen, auf den sich Stadt und Kanton im Herbst 2013 einigten. Zur gewundenen Röhre zwischen Buchegg- und Wipkingerplatz wird Anfang Jahr mehr bekannt. Selbst Vorhaben zum Schutz der Anwohner haben es schwer. Das Strassenbauprogramm erinnert daran, dass Schwamendingen eine Einhausung der A 1 erhalten soll. 2005 vereinbarten das Stadt, Kanton und Bund, 2009 sollte Baubeginn sein. Er ist nun frühestens 2017 vorgesehen.

### **Stadttunnel fertig?**

Abgeschlossen sind hingegen, mit dem Bau der Durchmesserlinie, Vorinvestitionen von 7 Millionen Franken in den [Stadttunnel](#), genauer in ein Stück davon im Hauptbahnhof. Die ganze unterirdische Querung der Stadt von der Brunau bis nach Dübendorf ist im Bund definitiv zurückgestellt. Im kantonalen Richtplan figuriert der Stadttunnel unter den Strassenprojekten an erster Stelle, mit kurzfristigem Realisierungshorizont. Eher wahrscheinlich ist, dass der Bund den Tunnel bei der nächsten Aufdatierung seines Strategischen Entwicklungsprogramms Strasse ganz streicht.



### Drei mögliche Stolpersteine für den A-4-Zubringer

Im September 2012 sagten über 60 Prozent der kantonalen Stimmberechtigten Ja zum Kredit für den Bau des Autobahn-Zubringers Ottenbach/Obfelden. Hauptelemente des Strassenprojekts sind die Umfahrung von Ottenbach ab der Reussbrücke sowie die Tieferlegung und streckenweise Überdeckung der Durchfahrt in Bickwil (Obfelden). Das klare Volksverdict ändert nichts daran, dass dieses Projekt eine rechtsgültige Bewilligung braucht. Über zwei Jahre nach der Abstimmung läuft nun die einmonatige [Planaufgabe](#) ab. Bereits sind Einsprachen durch Umweltverbände und Anwohner eingegangen. Sie berechtigen dazu, nach der 2015 vorgesehenen Festsetzung des Projekts Beschwerde einzureichen. Zuvor aber finden Gespräche statt.

Ein Thema dabei ist – wenig überraschend – der Naturschutz, führt die geplante Strasse doch direkt am Flachmoor Bibelaas vorbei und tangiert die geschützte Reusslandschaft von nationaler Bedeutung, ein Naturschutzgebiet sowie ein Auen- und ein Amphibienlaichgebiet. Die Fahrbahn kommt ausserhalb der Moorvegetation zu liegen, aber in den Bereich der Pufferzonen. Diese sind wichtig und vorgeschrieben, um das Moor vor schädigenden Einwirkungen zu schützen. Spätestens seit dem Urteil des Bundesgerichts zur Oberlandautobahn ist klar, dass Mooregebiete absoluten Schutz geniessen.

In Ottenbach sind die Pufferzonen aber noch nicht ausgeschieden. «Solange das nicht geschehen ist, kann man nicht sagen, der Bau der Strasse sei zulässig», sagt Andreas Hasler, Geschäftsführer von Pro Natura Zürich. Er verweist auf einen Entscheid des Regierungsrats, der 1994 die Baudirektion anhielt, diese Pendenz zu erledigen. Das ist bis heute nicht geschehen.

Die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK), der Schrecken der Strassenbauer, beurteilt die Eingriffe in die geschützte Landschaft unter Einhaltung gewisser Massnahmen als nicht schwerwiegend. Ganz anders die kantonale Natur- und Heimatschutzkommission (NHK). Sie hat die Linienführung bereits in früheren Stellungnahmen als nicht umwelt-, landschafts- und ortsbildverträglich bezeichnet. In ihrem Schreiben vom letzten April beurteilt sie den Bau einer Strasse an einem Ort, an dem dermassen viele Schutzobjekte vereinigt seien und der aus landschaftlicher Sicht so empfindlich sei, als «inakzeptabel».

Die NHK argumentiert wie auch Anwohner mit den angeführten Verkehrszahlen. Im technischen Bericht, der Grundlage für den Umweltverträglichkeitsbericht, basiert der Istzustand auf Prognosewerten aus dem Jahr 2008, also vor der Eröffnung der A 4 im Knonauer Amt. Ausgangs Ottenbach, Richtung Obfelden, beträgt dieser Istwert 13 500 Autos pro Tag. Gemäss aktueller Verkehrszählung sind es aber effektiv nur gut 8000 Fahrzeuge. Der prognostizierte Rückgang des Verkehrs nach Eröffnung der Umfahrung fällt so zu hoch aus.

Die NHK hält dazu fest, falls sich die Frequenzen gegenüber dem Stand vor der Eröffnung der A 4 nicht wesentlich erhöht hätten, sei es zumutbar, auf die neue Umfahrungsstrasse zu verzichten. Die NHK kritisiert das Projekt zudem aus denkmalpflegerischer Sicht bezüglich der Auswirkungen auf das Ortsbild in Bickwil und auf das schützenswerte Industrieensemble am Kanal in Ottenbach. Sie schlägt vor, die Strasse hinter die Fabrik «Haas» zu verlegen. Das Gleiche hatte, um einen «schwerwiegenden Eingriff in die Kulturgeschichte» zu vermeiden, 2010 schon die kantonale Denkmalpflegekommission gefordert.

# Kanton besteht auf «Uster West»

**USTER** Das Stimmvolk wird nicht zwischen «Uster West» und «Unterführung Winterthurerstrasse» wählen können. Dies geht aus der Antwort des Regierungsrats zu einer entsprechenden Anfrage hervor.

Der Stadtrat Uster und der Regierungsrat des Kantons Zürich beantworteten kurz hintereinander eine Anfrage zum selben Thema: Wird das Stimmvolk die Möglichkeit erhalten, bei einer Abstimmung zwischen den Umfahrungsprojekten «Uster West» und «Unterführung Winterthurerstrasse» zu wählen? Die Anfrage in Uster stammt von den zwei BPU-Gemeinderäten Werner Kessler und Paul Stopper, der Regierungsrat wird von der grünen Kantonsrätin Ornella Ferro angefragt.

## Ungleiche Projekte

Den Anstoss dazu gab die heftig diskutierte Verkehrsführung in Egg: Das Stimmvolk konnte dort zwischen zwei Varianten wählen, die jedoch beide Ende September abgelehnt wurden (wir berichteten). Gemäss den Parlamentariern weisen die Verkehrsprojekte der zwei Gemeinden ähnliche Ausgangslagen auf, weshalb auch in Uster eine Variantenabstimmung infrage käme.

Nachdem der Stadtrat bereits ausgeführt hatte, dass die Ausgangslage bei den Projekten in den zwei Gemeinden unterschiedlich sei und eine Variantenabstimmung deshalb nicht vorgesehen sei (wir berichteten), schlägt die Exekutive des Kantons Zürich nun in dieselbe Kerbe. Als Grund nennt der Regierungsrat ebenfalls die unterschiedlichen Bestimmungen: Während es sich in Egg lediglich um eine von der Gemeinde angestrebte Entwicklung des Ortskerns handle, bestehe beim Projekt «Uster West» der Bedarf, die Leistungsfähigkeit des kantonalen Strassennetzes aufrechtzuerhalten.

«Der Regierungsrat steht hinter dem Projekt «Uster West», mit dem die Querung der Bahngleise ermöglicht und eine Entlastung des Stadtzentrums bewirkt werden», schreibt die Exekutive weiter. Der Regierungsrat sieht zum jetzigen Zeitpunkt keine Möglichkeit und keinen Bedarf, von sich aus auf diese Vorgabe zurückzukommen. Auch da die Beschlüsse des Kantonsrats als verbindlich erachtet werden: Dieser fasste den Kreditbeschluss für «Uster West» bereits am 22. Oktober 2012, die Festsetzung im kantonalen Richtplan erfolgte am 18. März dieses Jahrs.

*Eva Künzle*

